

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile für die vierspaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15

Freitag den 18 Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 16. Januar 1901.

Der Reichstag setzte heute — natürlich wieder vor fast völlig leerem Bundesrathsstische — die Berathung über die Anträge und Resolutionen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Nationalliberalen zum Gewerbeschlichtgesetz fort. Die Redner der beiden letztgenannten Parteien, Dr. Hise, Beck, Heidelberg, Münch-Ferber, befürworteten eine sehr temperirte Sozialreform. Aber selbst ihre Forderungen gehen der Rechten über die Hutchnur. Dr. Dertel rief fürchterliche Wiße über die Dienstboten und machte abgeschmackte Redensarten über das Frauenwahlrecht. Aber selbst Dr. Dertel ist noch ein sozialpolitisch fortgeschrittener Mann im Vergleich zu dem Herrn v. Kardorff, der unter schändlicher Parteilichkeit der Linken von dem „raufenden Tempo der Sozialpolitik“ sprach und das Loblied seines geliebten Freundes von Stumm sang. Die Redner unserer Fraktion, Zubeil und Rosenow, welche noch einmal ausführlich unsere Anträge begründeten, aber auch den Abgeordnete Köstke-Dessau führten den freikonservativen Bramarbas derart gründlich ab, daß er es vorzog, im Laufe der Sitzung nicht wieder den Mund zu öffnen. Auch dem Dr. Dertel jagte Genosse Zubeil mit nicht mißzubestehender Deutlichkeit seine Meinung: er sprach namentlich die Hoffnung aus, daß den Dienstboten die schätzbare Wiße des feisten Herrn zu Ohren kommen und zu ihrer Aufklärung beitragen möchten.

Einmütig wurde beschlossen, die gesamten Anträge an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen, während die Resolution Hise-Bassermann, welche Ausbau der Gewerbegerichte und ihre Ausgestaltung zu Einigungsämtern verlangt, mit überwiegender Mehrheit gegen die Stimmen eines Theiles der Rechten angenommen wurde.

Die nächste Sitzung findet morgen statt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Etats des Reichsamts des Innern.

27. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathsstisch: Niemand. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Berathung der Anträge Albrecht (SD.), Trimborn (Z.) und Dr. Hise (Z.) betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte.

Hise (Z.): Unser Ziel ist, für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesetzliche Bestimmungen über die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt werden. Einen Weg zur Erreichung dieses Zieles sehen wir in dem Ausbau der Gewerbegerichte. Wünschenswerth wäre besonders Ausgestaltung des Einigungsamtes. Die gerichtliche Thätigkeit der Gewerbegerichte muß erweitert werden. Sollen aber die erhöhten Aufgaben, die den Gewerbegerichten dann zufallen würden, erfüllt werden, so müßten die Gewerbegerichte in verschiedene Abtheilungen getheilt werden. Die Kommission hat sich für die Dreitheilung: Fabrik, Handwerk, Hausindustrie entschieden. Gerade im Hinblick auf die fortwährende Betonung der Interessengegenstände heutzutage, halten wir im Interesse des sozialen Friedens ein Vorgehen im Sinne unseres Antrages für dringend notwendig. (Bravo! im Zentrum.)

Beck (H.): Auch wir sind für den weiteren Ausbau der Gewerbegerichte. Was Einzelheiten anlangt, so begrüßen wir die Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte, nur darf die Ausdehnung nicht so weit gehen, wie die sozialdemokratischen Anträge das wollen. Die vorgeschlagenen Änderungen in der Aufstellung der Wählerlisten acceptiren wir in der Hoffnung, daß dadurch die sozialistischen Einflüsse bei den Wahlen zum Gewerbegericht mehr in den Hintergrund gedrängt werden können. Durch den Ausbau der Einigungsämter der Gewerbegerichte werden wir am besten unnötige Streiks verhüten. Freilich muß dann auch das Gewerbegericht das Recht bekommen, die Parteien zwangsweise vorzuladen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) — Gegen die von den Sozialdemokraten verlangte Herabsetzung des Wahlalters bin ich gerade deshalb, weil die Aufgaben der Gewerbegerichte so eminent wichtige sind. Die Frage des Wahlrechts der Frauen halte ich noch nicht für spruchreif.

Dr. Dertel (R.): Von den vorliegenden Anträgen ist mir der des Abg. Trimborn am sympathischsten und wir werden für dessen Verweisung an eine Kommission stimmen. Dagegen halten wir den Antrag Albrecht und Hise für unannehmbar. Die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte widerspricht dem Charakter dieser Gerichte als Sondergerichte. Die Landarbeiter unter der Kompetenz der Gewerbegerichte zu stellen, liege absolut kein Anlaß vor. Daß gerade die Sozialdemokraten das Wahlrecht für die Frauen wünschen, wundert mich umso mehr nach den Erfahrungen, die sie mit den Frauen — ich erinnere nur an Rosa Sachank (Heiterkeit) — auf ihren Parteitag gemacht haben. (Lachen b. d. Soz.) Für den Antrag Hise können wir im Allgemeinen

eintreten, da sich von ihm eine Förderung des sozialen Friedens erwarten läßt.

v. Kardorff (R.): Entgegen der Mehrheit des Hauses können wir in den Gewerbegerichten keine segensreiche Einrichtung sehen. Die Arbeiter werden dadurch nur in dem Glauben bestärkt, daß in der Sozialdemokratie, die die Wahlen zum Gewerbegericht beherrscht, für sie das Heil zu finden sei. Wir können deshalb für den Antrag Trimborn nicht eintreten. Wenn die Arbeitgeber es alle so machen würden, wie Frhr. v. Stumm, so würden Streiks überhaupt nicht vorkommen. (Lachen b. d. Soz.) Ein solches Vorgehen würde viel mehr zur Förderung des sozialen Friedens beitragen, als der Ausbau der Gewerbegerichte. Alle die Gedanken, die in den vorliegenden Anträgen niedergelegt sind, gehen von der Sozialdemokratie aus. Es sieht wirklich so aus, als sei das Proletariat herauf, die Welt zu regieren. Ich bin aber nicht der Ansicht und stehe allen Organisationsbestrebungen, wie sie hier versucht werden, sehr skeptisch gegenüber. Es geht mit unserer Sozialpolitik ohnehin schon in so rasender Fahrt vorwärts, daß es ein Unglück gäbe, wenn man nicht bränt. (Große Heiterkeit links.) Offenlich haben die vorliegenden Anträge keinen praktischen Erfolg.

Zubeil (SD.): Wenn wir nur eine so rasende sozialpolitische Fahrt hätten, wie die Agrarier in rasender Fahrt Lebensmittelzölle, Fleischverhote u. m. erreichen, dann könnten wir sehr zufrieden sein. (Lachen rechts.) Im übrigen hat Herr von Kardorff nur die Rede abgelenkt, die Herr von Stumm vor Jahren darüber gehalten hat. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wir fordern, daß die Gewerbegerichte obligatorisch werden, damit die Arbeiter, die sich jetzt bald hierhin, bald dort hin wenden müssen, um ihre Streitigkeiten zu regeln, die aus ihrem Dienstverhältnis entspringen, eine einzelne Stelle erhalten, an die sie sich wenden können. Die Gewerbegerichte beruhen auf der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern und deshalb werden sich die Arbeitgeber, die die Herren Dr. Dertel und v. Kardorff vertreten, niemals damit beistimmen können. Aber auch die Arbeitgeber haben den Werth der Gewerbegerichte schon erkannt. 1892/93 wurde das Gewerbegericht in Köln von 14 Arbeitgebern in Anspruch genommen. 1898/99 schon von 234 Arbeitgebern. Die von Herrn Trimborn beantragte Einführung der Gewerbegerichte in Gemeinden von über 20 000 Einwohnern bedeutet ja einen gewissen Fortschritt, würde aber doch einen großen Theil industriereicher Bezirke immerhin ohne Gewerbegericht lassen. In Reichenbach im Voigtlande haben die Arbeiter wiederholt vergebens um die Einrichtung eines Gewerbegerichtes petitionirt. Jetzt endlich haben die Behörden ganz einseitig an die Unternehmer herüber geschickt mit den Fragen „Sind Sie für die Einrichtung eines Gewerbegerichtes? Aus welchen Gründen?“ Im Fall der Verneinung der ersten Frage: „Weshalb halten Sie die Einrichtung von Gewerbegerichten nicht für zweckmäßig?“ Selbstverständlich wird bei solcher Fragestellung die Antwort wieder verneinend ausfallen. Daß die Rechte unserer Antrag ablehnen würde, stand von vornherein fest. Das wird uns aber nicht betreffen, die Ausdehnung der Gewerbegerichte für die Arbeiter in der Forst- und Landwirtschaft, in der Fischerei und für das dienende Personal zu verlangen. Das auch auf dem Lande Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis vorkommen, wird selbst Herr Dertel zugeben. Häufig müssen jetzt die Landarbeiter auf ihr Recht verzichten, weil ihnen die Mittel und Kenntnisse fehlen, eine Klage beim Amtsgericht einzureichen. Herr Trimborn hat eingesehen, daß auch die Dienstboten mit ihren Streitigkeiten vor die Gewerbegerichte gehören. Um so merkwürdiger berührt es, daß er unseren Antrag, auch die aus dem Dienstverhältnis entspringenden Streitigkeiten vor die Gewerbegerichte zu bringen, gar nicht verstanden hat. Wir wollen doch nur mit solchen Streitigkeiten, wie den Gewerbegerichte befaßt, die direkt aus dem Dienstverhältnis entspringen. Die geduldeten Arbeiter haben da nur 14 Tage Zeit und können in dieser Frist bei den ordentlichen Gerichten oft keinen Spruch herausbekommen. Die ungelinnde Langsamkeit des Verfahrens vor dem Amtsgerichte wird von allen Seiten beklagt. Die Amtsgerichte sind überbürdet. Unsere Vorschläge würden sie entlasten. Als einen Reiz gegen die guten Sitten, der vor dem Gewerbegericht abgeurteilt werden muß, betrachten wir z. B. die schwarzen Listen der Arbeitgeber. Dadurch werden Arbeitwillige an der Arbeit verhindert. Unsere Anträge auf Herabsetzung des Wahlalters sollen nur agitatorisch wirken nach Außen. Wir haben aber schon oft gefordert, daß mit 21 Jahren der Arbeiter das aktive Wahlrecht überhaupt haben muß. In einzelnen Bundesstaaten haben auch die Arbeiter das Recht, mit 21 Jahren ihre Vertreter in die staatlichen und kommunalen Räte zu entsenden. Das passive Wahlrecht soll mit 25 Jahren eintreten. In diesem Alter hat die Mehrzahl der gewerblichen Arbeiter bereits ein ausreichendes Urtheil über die beruflichen Verhältnisse. Wir verlangen weiter die Abschaffung der Jungerichtsbereiche, deren Urtheile sind durchweg sehr parteiisch. Als Curium will ich folgenden Fall erzählen: Ein Werkmeister hatte den Obermeister einer Gelbgießerinnung verklagt. Es wurden aber noch die alten Beisitzer, deren Mandate längst abgelaufen waren, eingeladen, weil unter den neugewählten viele fortschrittlich demokratisch gesinnt waren. Von diesem so zusammengesetzten Schiedsgerichte wurde dann der Werkmeister verurtheilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen ferner das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Herr Trimborn meinte, die Frauen seien mit dem jetzigen Zustande ganz zufrieden. Dem widersprechen aber eine ganze Reihe von Petitionen von bürgerlichen Frauenvereinen. In den Einigungsämtern, deren Ausbau wir wünschen, sehen wir die Möglichkeit, Streiks schon im Keime heizulegen. Dann müssen aber die Parteien gezwungen werden können, vor dem Gewerbegerichte zu erscheinen, auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und sich eventuell einem Schiedspruch zu fügen. Wie notwendig dies ist, beweisen die jetzigen Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht. Dort hat der Verband der Holzindustrie erklärt, er werde sich unter keinen Umständen dem Schiedspruch des Einigungsamtes fügen. Ich bitte Sie also unsere Anträge anzunehmen. Eine Kommissionsberathung ist ganz überflüssig, nachdem im vorigen Jahre die Kommission bereits einen ganzen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat. (Bravo! b. d. Soz.)

Münch-Ferber (R.) bittet nochmals um Annahme des Antrages Hise-Bassermann, der den sozialen Frieden fördern wolle. Durch die Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stehe die Sozialpolitik schon jetzt thurmhoch über der anderer Länder, seine Freunde wollten aber bei den bisherigen Leistungen derselben nicht stehen bleiben.

Köstke-Dessau (wildlich) erklärt Namens der Freisinnigen Vereinigung sein Einverständnis mit den Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen. — Ob Kommissionsberathung stattfindet oder nicht, ist ziemlich gleichgültig, schließlich sind wir doch von der Stellungnahme der Regierung abhängig. Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort zu dem Antrag Albrecht erhält Rosenow (SD.); Herr v. Kardorff sprach von der rasenden Fahrt unseres sozialpolitischen Wagens. Ich würde unsere Sozialpolitik lieber mit einer gemüthlichen Postkutsche alten Schlages vergleichen, die recht viel Hufeisen hat und jeden Augenblick reparaturbedürftig ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich verstehe nicht, weshalb sich Herr Trimborn gegen die Ertheilung des Wahlrechts an die Frauen ausspricht, hat doch die letzte Generalversammlung der Katholiken Deutschlands den Beschluß gefaßt, der gewerblichen Thätigkeit der Frauen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In vielen Arbeitsverhältnissen wissen die Frauen sogar besser Bescheid als die Männer. Unser Vorschlag, die Streitigkeiten der Kaufleute den Gewerbegerichten zuzuwenden, hat den Vortheil, daß die Vorstehenden in den Gewerbegerichten über die Verhältnisse in diesem Beruf genau unterrichtet sind, während dies bei den ordentlichen Gerichten oft nicht der Fall ist. Die kaufmännischen Schiedsgerichte müssen den Gewerbegerichten angegliedert werden, dann kann es nicht vorkommen, daß, wenn in einem Geschäft Arbeiter und kaufmännische Angestellte beschäftigt sind, der Beklagte in der selben Angelegenheit vor dem Amtsgericht und vor dem Gewerbegericht zu erscheinen hat. Wir hoffen mit Zuversicht auf den schließlichen Sieg unserer Anschauungen über die Gewerbegerichte. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Anträge Albrecht (SD.) und Trimborn (Z.) werden hierauf einstimmig einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Die Resolution Hise-Bassermann wird gegen die Stimmen eines Theils der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Fortsetzung der 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.

## Politische Mundschau.

Deutschland

Der 8. Mark-Geirede Zoll und die Kanalvorlage. Am Sonntag beehrte Dr. Hahn vom Brnd der Landwirthschaft den Kreis Nettmann mit seiner Anwesenheit. Er machte, wie der „Volksztg.“ von dort berichtet wird, den Bauern klar, daß ein einheitlicher Zollsatz für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer von 7,50 Mk. zu fordern und gesetzlich festzulegen sei, damit die Landwirtschaft „wieder rentabel“ werde und für Weizen z. B. den Preis aus den 70er und 80er Jahren von 202,50 Mk. für die Tonne erziele. Ein alter Bauer erklärte den Satz für zu niedrig und 8 Mark für die Mindestgrenze. Mit Feuereifer nahm der Reichstagsabgeordnete diesen erhabenen Gedanken auf und erklärte, er werde nicht veräumen, seinen Freunden in Berlin Mittheilung zu machen, daß die rheinischen Landwirthschaft einen Zollsatz von 8 Mark für nöthig erachteten. Die Kanalvorlage behandelte Dr. Hahn folgendermaßen: „Wenn Herr v. Bülow geglaubt habe, was er, der Redner, nicht annehme, bei Bewilligung des Zollsatzes von 7,50 Mark werde man auf agrarischer Seite für den Kanal stimmen, so irre er. Nicht die unerfüllten Wünsche in Zollsachen machten den Kanal unannehmbar; man wolle nur nicht ein neues Privilegium für die Schiffahrt schaffen. Wenn die Kanalgebühren so hoch bemessen würden, daß die Kosten des Transports den auf der Eisenbahn gleichkommen, dann falle ein wichtiges Moment gegen den Kanal fort. (Mit anderen Worten: Wenn der Kanal nicht befahren werden infolge der hohen Lagen, dann würden die Agrarier für ihn stimmen!) Ganz willkommen war dem Dr. Hahn der Einwand eines andern Bauern, der erklärte, wenn man fortgesetzt Maschinen exportire, dann sei das Ausland immer mehr in der Lage, mit Hilfe dieser Maschinen konkurrenzfähige Waare auf den deutschen Markt zu werfen, so daß dieser Export gefährlich und demgemäß die Handelsvertragspolitik überflüssig würde. Dr. Hahn erklärte, diesen „beachtenswerthen“ Hinweis in Berlin verwerten zu wollen. Er fügte noch hinzu, daß die Deutschen dem Auslande selbst Eisenbahnen bauten (Anatolische Bahn), wodurch das Ausland noch weiter konkurrenzfähig werde. — Also 8 Mark Getreidezoll und dazu ein Maschinen- und Schienenfahrverbot — das wäre das Neueste, was das Agrarienthum verlangt. Vielleicht zieht Herr v. Miquel die Sache in ernstliche Erwägung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde Dienstag die erste Beratung des Etats fortgesetzt. Das Haus war wieder gut besetzt, die Minister waren, mit Ausnahme des Präsidenten Reichskanzlers Grafen von Bülow, vollständig erschienen, aber auf den Tribünen war es schon bedeutend leerer geworden. Das Publikum hatte auch recht, der zweite Tag der Etatsdebatte war viel weniger interessant als der erste, es wurde eigentlich nur noch eine Nachlese gehalten. Trotzdem kam die erste Beratung noch nicht zum Schluß, sondern wird Mittwoch noch fortgesetzt werden. Der erste Redner war Dienstag der freikonservative Abg. Frhr. v. Zedlitz. Wenn man ihn so reden hörte, konnte man glauben, an der Ablehnung der Kanalvorlage sei gar kein Zweifel mehr gestattet. Bekanntlich wird aber nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Und wer zwischen den Worten zu hören verstand, wird den Eindruck bekommen haben, daß auch die freikonservative Partei über den Kanal noch mit sich reden lassen wird. Herr v. Zedlitz, der bekannte Zeitungsgemeinrathe a. D., ist ja als Kubhändler nicht das erste Mal in der politischen Arena aufgetreten. Man munkelt, daß er auch diesmal wieder Vermittlerrollen spielen wird. Für die freisinnige Vereinigung sprach der Danziger Stadtrat Ehlers. Herr Ehlers ließ dem Finanzgenie des Herrn von Miquel alle Berechtigtheit widerfahren, er verlangte nur von den Ressortministern, daß sie sich für wirklich notwendige Ausgaben ein starkes Rückgrat gegenüber dem Finanzminister anschaffen. Die Maßnung galt besonders dem Justizminister. Der beschleunigte daraufhin natürlich seinem Kollegen und Vizepräsidenten, daß er ihn äußerst splendid behandle. Mit Wärme trat schließlich Herr Ehlers noch für den Kanal und gegen hohe Getreidezölle ein. Der nächste Redner war der polnische Abgeordnete von Szadzewski, und nun war das Signal zu einer großen Polen-debatte gegeben. Auf seine Beschwerden antworteten die Minister v. Miquel und Studt, Herr Miquel sogar zweimal. Es war die alte Leiter, die jedes Jahr im Abgeordnetenhaus bei der General-Debatte einmal und dann beim Kultusetat noch mehrmals gedreht wird. Auch die Regierung hat nichts gelernt und nichts vergessen, der scharfe Polenkurs der letzten Jahre wird weiter gesteuert. — Es war schon ziemlich spät geworden, die Sitzung hatte bereits nahezu fünf Stunden gedauert, aber der kräftige Bündler — Gaha brachte es fertig, das Haus noch etwa eine Stunde lang mit seinen Selbstgefälligkeiten anzudehen. Zum Schluß gab es noch eine Fluth persönlicher Bemerkungen, die indessen ohne Belang und Interesse waren.

Die Kommission zur Beratung der Seemannsordnung erledigte in ihrer Mittwochssitzung die §§ 25 bis 31 und die zurückgestellten §§ 12 und 16. Der die Anhebung und regelnde § 25 erhielt unter Ablehnung mehrerer sozialdemokratischer Anträge folgende Fassung: „Der Heuervertrag bedarf der schriftlichen Form. Es genügt die Ausfüllung des im Seefahrtsbuche vorgebrachten Formulars, worin die Bezeichnung des Schiffes, Heimathshafens, Dauer des Dienstvertrages, Höhe der Heuer, Dienstleistung, Ort der Anmusterung enthalten sind, und Vollziehung dieses Wortvertrages durch Unterschriften der am Vertrage Beteiligten. Eine Abschrift erhält den Schiffsmann. Die Vorschriften der Seemannsordnung sind, soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung ausdrücklich zugelassen ist, der Abänderung durch Vertrag entzogen. Aufkündigungsfristen sind sonstige, die Lösung des Heuervertrages betreffende Zeitbestimmungen sollen für beide Vertragsparteien gleiche sein. Bei entgegengesetzter Vereinbarung kann der Schiffsmann die dem andern Theile zustehende Frist oder Zeitbestimmung für sich in Anspruch nehmen.“ Von § 26 wurde folgender erster Absatz angenommen: „Der Heuervertrag kann für eine Reise oder auf Zeit abgeschlossen werden.“ Die beiden folgenden Absätze wurden zurückgestellt. Die §§ 27—29 wurden unter Ablehnung einiger sozialdemokratischer Anträge in der Fassung der Vorlage angenommen. Zu § 30 wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach bei der Anhebung im Heuervertrage den Schiffleuten der Zeitpunkt des Dienstantritts und bei der Anmusterung der Vorgeplaz des Schiffes oder ein Merkmal angegeben ist. Bei § 31, der nach der Vorlage des Schiffskapitän in solchen Fällen, in welchen sich ein Schiffsmann nach der Anmusterung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstes entzieht, berechtigt ihn durch das Seemannsamt und wo ein solches nicht vorhanden ist, durch die Ortspolizeibehörde zwangsweise zur Erfüllung seiner Pflicht anhalten zu lassen, entpand sich eine lange und scharfe Debatte zwischen den Sozialdemokraten und den Anhängern des Polizeizwangs. Diese, namentlich die Herren Dr. Semler (natlib.), Raab (Natlib.) und Freese (Fp.), aber auch die Regierungsvertreter suchten den sozialdemokratischen Gegnern des Polizeizwangs zu beweisen, daß die Seelente des fürsorglichen Staates der Polizei gar nicht entziehen können, und es als Wohlthat empfunden wüßten, wenn Seemannern zur Erfüllung ihrer zurechtzulegenden Pflichten gezwungen zu werden. Auf Antrag des Justizministers wurde die bunte Pflanz „Polizeizwang“ durch Einführung des Begriffs „zweckmäßige Behinderung“, die den Polizeizwang einschließt, aus dem Seemannsamtgesetz zu machen versucht, und der Paragraph dann mit diesem wünschenswerten Einschub mit allen gegen die Stimmen der drei Sozialdemokraten und des deutschpreussischen Reichspatrioten angenommen.

In der Budgetkommission des Reichstages kam am Dienstag bei der Erörterung des Etats der Reichseisenbahnen der Öffensbacher Unglück zur

Sprache. Allseitig wurden gründliche Reformen zur Verbesserung der Personenwagen, besonders der D-Zugwagen gefordert. Abg. Müller-Sagan rügte, daß die Bezahlung einer Plakarte nicht den Anspruch auf einen Platz gewährte. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, daß die Gasbehälter statt unter den Wagen auf den Wagen angebracht würden. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß Versuche mit Reformen in der Appellierung in größerem Umfange geplant seien. Abg. Müller-Fulda gab der Aechtenbeleuchtung Schuld an dem furchtbaren Umfang des Öffensbacher Unglücks. Von einem Regierungsvertreter wurde dies bestritten. Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Sagan, was es mit der süddeutschen Eisenbahngemeinschaft für eine Bewandnis habe, antwortete ein Regierungsvertreter, ihr sei von einer „süddeutschen Eisenbahngemeinschaft“ nichts bekannt. Es hätten zwar unter einzelnen Bundesstaaten Verhandlungen über Tariffragen stattgefunden, jedoch ohne jede Spitze gegen Preußen. Auf Anfrage des Abg. Gschöff (Fp.) theilte ein Regierungsvertreter mit, daß neuerdings die Lokomotiven zum Theil mit Apparaten versehen sind, welche die Kohlenstaubentwicklung hemmen sollen. Die bisherigen Versuche mit elektrischem Licht seien nicht ermutigend. Am Mittwoch setzte die Kommission ihre Beratungen fort. Sie bewilligte die Einnahmen der Eisenbahnen der Reichslande.

Eine herbe Kritik übt vom Standpunkt des Hygienikers Dr. Karl Fränkel, Professor der Hygiene an der Universität Halle, an dem Fleischbeschau-gesetz. Ausgehend von der Anschauung, daß um den Forderungen der Gesundheitspflege zu genügen, das Prinzip aufzustellen ist, daß die gesamte einheimische Fleischproduktion beaufsichtigt werde, führte er im Verein der Aerzte in Halle aus: „Durch die Ausschaltung der Hauschlachtungen habe dieses Prinzip aber nun ein böses Loch erhalten, durch das der Befehl agrarischer Interessenpolitik und Selbstsucht hervorwuche. Die Behauptung, daß für die Durchführung der Fleischschau auch bei den Hauschlachtungen die erforderlichen Hilfskräfte fehlten, sei nichts als eine Ausrede; thätlich bestünde doch auch die Schau für die Hauschlachtungen in mehreren Bundesstaaten, ferner in der preussischen Provinz Hessen, und da, wo die nöthigen Thierärzte nicht vorhanden, hätten sich vielfach die sogenannten empirischen Fleischbeschauer durchaus bewährt. N-ime man dazu das völlige Verbot der Einfuhr gewisser Fleischwaaren (Wurst u. s. w.), deren Herstellung im Inlande ebenso wenig einer genauen Aufsicht unterzogen werden könne, so wird an dem eigentlichen Charakter und Zweck des neuen Gesetzes kein Zweifel bleiben; man habe dem agrarischen Götzen ein sehr sadenstimmiges hygienisches Mäntelchen umgehängt und dann vor ihm gepörrt. Die Gesundheitspflege werde nun auch schon deshalb nicht auf ihre Rechnung kommen können, weil durch die Schwermung der fremden Einfuhr, die thätlich einen Ausschluß derselben darstelle, der Preis des Fleisches bei uns steigen und also der durchschnittliche Verbrauch abnehmen werde, während doch die Hygiene das größte Interesse daran habe, daß gerade der Fleischkonsum nach Kräften gehoben und gefördert werde.“

Keine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beantragt die Wahl des Abgeordneten Dr. Zwid im fünften Berliner Wahlkreis für gültig zu erklären. Die 9. Kommission des Reichstages trat Dienstag zu einer sehr kurzen Sitzung zusammen, um den vom Abg. Dr. Lieber eingebrachten Entwurf wegen Freiheit der Religionsübung (sog. Toleranzantrag) zu beraten. Man beschloß, die Regierung zu eruchen, eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die Religionsübung in den deutschen Bundesstaaten der Kommission zugänglich zu machen. Bis diese Vorlage gedruckt vorliegt, vertagte sich die Kommission. Alsbald, wie man annimmt im Laufe des Monats Februar, sollen die Beratungen wieder aufgenommen werden. — Die Justizkommission nahm am Mittwoch eine Reihe Veränderungen der Strafprozessordnung nach Maßgabe der sogenannten Bez. Hintersen an, nämlich aber im Gegensatz zu der 27. Artikel des Antrages Benzmann und Wundel (Fp.) zu, welche bestimmt sind, den Zeugniszwang der Verleger, der Redakteure und Drucker zu beseitigen. Die Regierung hatte die Befreiung dieses dem Antrage widersprechenden Zeugniszwangs für unannehmbar erklärt. Der Einführung des nach dem Entwurf der Kommission zu, ebenso den auf Vermeidung zu vieler Fälle gerichteten Anträgen, hielt aber im Gegensatz zu dem Wunsche der Regierung und den Anträgen Hintersen (3) und v. Salchow (K.) daran fest, daß das Gericht nur dann wegen Unglaubwürdigkeit die Verdignung unterlassen darf, wenn dieselbe von keiner Seite beantragt ist. — Eine von weltlicher Seite veranfaßte Solikerverammlung in Hannover beschloß folgende eigenartige Krägerfundgebung: „Dreizehnhundert vier verjammte von Preußen anerkannte hannoveraner beherrschten Ener Stellen; und der von ihnen vertretenen Sache des Rechts und der Freiheit herzlichste Sympathie mit dem Wunsche, daß der allmächtige Gott den Völkern Preußen und hannoveranern nach seinem Rathschlusse den endgiltigen Sieg geben möge.“ Die Großindustriellen der Provinz Sachsen beschlossen gleichfalls die Gründung eines Bundes Industrieller zur gemeinsamen Abwehr der agrarischen Schutzpolitik. Was kann dies an sich löbliche Beginnen aber nützen, wenn die schon schonen Vertreter der Großindustrie im Parlament mit dem Agrarierthum durch die und Tünn gehen? — Die bayerischen Staatsbehörden und die Eisenbahngewerkschaft beizügigen sich mit der Frage der Fahrpreiserhöhung bei Ar-beitervermittlung durch Arbeitervereine. — Der Jahresbericht des Reiches ist als „lächerlicher Anständer“ aus Preußen ausgewiesen worden. Er ist ein in Amerika naturalisierter Wiener und wurde kürzlich in Berlin wegen Verleumdung eines Offiziers der deutschen Schutztruppe verurtheilt. — Wie der letzte Sonntag, so wählte auch die neue hertzenbergische Abgeordnetenkammer den Führer der Volkspartei, Beyer, zum Präsidenten und zwar mit 88 Stimmen. — Am Anfang zum Bäcklerischen Zukunfts-komitee kam man in Halberstadt gemacht zu haben. Dort wurde ein Stadtordnungs-Kollegium in Uebereinstimmung mit dem Magistrat des Reichs gebildet, daß nur Anhänger der christlichen Religion in die Stadtdeputation gewählt werden dürfen. Als ein jüdischer Stadtordnungsmitglied in der Debatte Erwähnung erhob und auf die Verletzung der Rechte der jüdischen Einwohner hinwies, die doch auch Kinder in die

Schule schicken, erklärte, wie wir unserm halberstädter Parteiorgan entnehmen, der Oberbürgermeister Dr. jur. Dohler, daß die Ausschließung aller Nichtchristen von der Schulämter vom Gesetz vorgeschrieben sei. Natürlich giebt es ein derartiges Gesetz in Preußen nicht. — Bei der Stichwahl zum österreichischen Reichsrath siegte im Wahlbezirk Wiener Neustadt Mittelwirth der deutsch-volksparteiler über den Sozialdemokraten. — Die dänische Regierung hat den Finanzanschüssen der beiden Kammern des Reichstages einen Bericht über die Verhandlungen zugehen lassen, die bisher zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten wegen des Verkaufs der dänisch-westindischen Inseln stattgefunden haben, sowie ein Gesuch von 17 Kopenhagener Geschäftleuten, in welchem die um Unterstützung des Staates dafür bitten, daß die Inseln für das dänische Kapital fruchtbringend gemacht werden. — Frankreich soll mehrere Freihäfen nach Hamburger Muster erhalten. — Der aus China von der französischen Regierung abberufene General Frey, der in Marseille eintraf, scheint der Regierung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Die Nationalistenblätter signalisiren neue Skandalen. — Die venezolanische Krise wird, wie man der „Frankfurter“ aus New York laubt, bedenklicher. Die dortige Regierung beschloßnahme zwei Dampfer der „Orinoco“-Gesellschaft, deren Eigentümer Amerikaner sind. — Zur Revolution in Columbia meldet ein Telegramm aus Colon: Die Truppen der Regierung griffen die Anständlichen am Sonnabend außerhalb Panamas an. Es entspann sich ein kurzes Gefecht, die kolumbianischen wurden geschlagen und erlitten schwere Verluste. Die Verluste der Regierungstruppen waren gering.

(In die gestrige Mittheilung über die Stärke der Parteien in deutschen Reichstagen haben sich leider zwei unentgeltliche Druckfehler eingeschlichen, die wir hiermit berichtigen wollen. Es beträgt nämlich die Zahl der Zentrumsgesandten nicht 103 sondern 106 und die Zahl der Reichstagsmitglieder überhaupt 395 nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet wurde, 376. Red. d. B. S.)

### Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer hat Montag bereits das Ringen begonnen, das vornehmlich für einige Wochen der Politik Frankreichs ihr Gepräge geben wird, es wurde dem Kampf prälabirt, den die Regierung gegen den Klerikalismus und seine politischen Anhänger zu führen gedenkt. Nachdem zunächst der berüchtigte Nationalist Vassie über den Schiffbruch der „Russie“ interpellirt und der Marineminister die Schaffung eines Rettungswesens an den Küsten in Aussicht gestellt hatte, interpellirte der Sozialist Sembat über die Einmischung des Bankens in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Sembat fragte, ob nicht die Regierung gegen die Veröffentlichung des jüngsten Briefes des Papstes an den Erzbischof von Paris anlässlich des Geschentwaues, betr. die Kongregationen protestirte. Ribot, der Mann des rechten Zentrums, betonte unter dem Befehl seiner Freunde, daß der Papst das Recht habe, seine Stimme zu erheben, wenn er religiöse Interessen bedroht glaube. Der Ministerpräsident Waldeck-Roussieu führte dann aus, die Regierung sehe in dem Briefe des Papstes keine Drohung, werde aber eine Einmischung des Papstes, wenn der Geschentwurf angenommen sei, nicht zulassen. Der Minister fügte hinzu, der Papst habe als geistliches Oberhaupt der Katholiken Rechte, aber der Staat habe auch Rechte, die im Konkordat verbrieft seien, und diesen werde er Achtung zu verschaffen wissen. Er schloß mit der Versicherung, die Regierung übe Toleranz, verlange aber auch, daß die Rechte des Staates geachtet werden. Ribot erklärte sich von diesen Ausführungen vollständig befriedigt und Waldeck Roussieu occipirte schließlich eine Tagesordnung, worin die Entlassungen der Regierung gebilligt und auf deren Festigkeit gezählt wird, wenn die Rechte des Staates zu sichern sind. Der erste Theil der Tagesordnung, der die Billigung der Regierungserklärungen enthalt, wurde mit 429 gegen 195, der zweite mit 310 gegen 192 Stimmen angenommen. Mehrere Deputirte beantragten Zusätze zur Tagesordnung, die aber abgelehnt wurden. Dem französischen Ministerpräsidenten ist es wieder einmal gelungen, sich in einer sehr heiklen Frage die Majorität des Hauses zu sichern, immerhin ein günstiges Omen für das Schicksal des Kongregationsgesetzes, um das sich der Hauptkampf entspinnen wird.

### England.

Konflikt im Kriegsamt. Das Herald-Bureau meldet Ein ernster Konflikt ist, wie verlautet, im Kriegsamt ausgebrochen. Die hervorragendsten Mitglieder desselben wollen angeblich ihre Demission einreichen, falls dem neuen Befehlshaber Lord Roberts freie Hand zur Reorganisation des Kriegspartements gelassen werden sollte. Lord Roberts hat aber das ihm übertragene Amt gerade unter dieser Bedingung übernommen. Er soll entschieden sein, mit den bisherigen Traditionen zu brechen oder sein Amt niederzulegen. Er soll sich mit dem Kriegsminister Brodrick im Einverständnis befinden und auch die Her werden nicht nachgeben. — Die militärischen Verlegenheiten Englands werden durch die Nachrichten illustirt, daß in Indien 15 000 Soldaten, deren Dienzeit abgelaufen sei, zurückgehalten wurden, da noch keine Ersatztruppen aus England eingetroffen seien. Die Regierung werde wahrscheinlich durch Präsumieren diese Soldaten zum längeren Verbleiben zu bewegen suchen. Die englischen Truppen in Indien seien ohnehin 9000 Mann schwächer, als der normale Effectivbestand exportierte.

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegt heute so gut wie gar keine Nachricht vor. Die offizielle englische Berichterstattung verlag sogar völlig. Ansehend hat Ritchener alle Hände voll zu thun, um sich der Umfassung durch die von überall ankommenden Buren zu erwehren, jedoch er keine Zeit hat, noch irgend welche Meldungen zu erhalten; oder sollte er gar von allem Verkehr mit England bereits abgeschnitten sein? Verdächtig ist sein völliges Schweigen immerhin. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Pretoria vom Dienstag haben die Buren am 1. November eine englische Train, bestehend aus zwölf Wagen, erbeutet. Die Besatzungsmannschaften, welche aus 23 Mann bestanden, ergaben sich, nachdem zwei getödtet und elf verwundet worden waren, warder nachher aber wieder freigelassen.

Nach einer „Standard“-Meldung aus Darban hatten am Sonntag drei Schwadronen berittener Infanterie aus Johanneßburg ein Gefecht mit den Buren bei Polfontein nördlich von Springs. 5 Buren wurden getötet, darunter der Kommandant von Percey und mehrere verwundet. Die Engländer hatten keine Verluste. — Wer das Bistum glaubt, zählt einen Thaler! Nach einer anderen Meldung d. selben Blattes aus Kapstadt griffen nach einer dort eingegangenen Nachricht, 200 Buren, mutmaßlich „Rebellen“ aus dem Distrikt Brice Albert, bei Dema la an, 25 Meilen nördlich von Matjesfontein, einen Train an. Sie wurden jedoch mit Verlust zurückgeschlagen Einzelheiten fehlen noch.

Aus Pretoria wird der „Murning Post“ vom 14. d. M. gemeldet: Die Truppen des Generals Alderson und des Obersten Blumer säuberten die Umgegend von Peka (bei Pretoria) von den Buren und erbeuteten viel Vieh des Kommandanten Bagge, dessen 2000 Mann starkes Kommando nach Osten entkam. Die britische Kavallerie nahm heute seinen Adjutanten gefangen.

Wo die Engländer jetzt bereits Kanonensfutter anwerben, lehrt ein Telegramm aus Maricelle. Verschiedene eingetroffene Briefe stellen fest, daß die Engländer zahlreiche Abessinier als Soldaten angeworben haben, um sie nach Südafrika zu schicken. Der Negus Menelik traf zu spät an der Küste ein, um die Abfahrt seiner Landeskinder zu verhindern zu können.

Präsident Krüger erklärte, die Beschickung eines englischen Agenten auf Befehl Dewets (wir hatten bisher davon keine Notiz genommen. Red.) sei die Antwort auf die Entschickung des Burenoffiziers Cordua auf Befehl Roberts. Dewet sei nunmehr entschlossen, keinerlei Schonung anzunehmen.

In den Zeitungen kursieren noch immer allerlei Gerüchte über eine Gefangenennahme des Generals Buller durch die Buren im Herbst vorigen Jahres. Nach der einen Lesart sollte er gefangen beim Baden überrascht worden sein und dann Urfehde geschworen haben. In einem dem „Wandhofer Anz.“ zur Verfügung gestellten, vom 31. Oktober v. J. datierten Briefe aus der Kapkolonie wird nun über die angebliche Gefangenennahme Folgendes erzählt: „Elf Tage lang hat man bei Komatiport geforscht; man jagt, Frauen und Kinder hätten mitgeführt; Tausende von Engländern sind geblieben, aber der Uebermacht mußten doch endlich die Buren weichen. Dort in der Nähe soll nun den Engländern eine Depesche „absichtslos“ in die Hände gefallen sein, nach welcher Ben Viljoen mit einer nur noch ganz kleinen Macht da und da kämte, das Oberkommando führe; Sotha sei des Krieges satt und werde sich in den nächsten Tagen ergeben oder über die portugiesische Grenze gehen. Al! dachte Buller, den Ben Viljoen werde ich verschlingen und fassen und so dem Krieg ein Ende machen. Also hinter ihm her; Ben zieht sich zurück; Buller verfolgt immer höher, bis in eine Schlucht, von steilen Bergwänden umgeben; nun geht Ben Viljoen nicht weiter zurück. Schön, den schließen wir nun ein, dachte Buller — aber was ist denn das? Da donnern von hinten die Long Tom's auf ihn und von vorn pfeifern Ben Viljoens Kanonen und sprühen Tod und Verderben kurz — Buller muß sich ergeben und Sotha, der von hinten gekommen, sagt ihm: „Wähle. Du gehst mit Deinem Stab und Rannschaffen sofort nach England, oder wir bringen Euch in die Speunken, wo keine englische Macht Euch je herausholen wird. Natürlich bleiben Eure Waffen und Munition unberührt. Buller soll das erstere gewählt haben; offiziell ist aber hier von „sein Wörtchen bekannt.“ Nur — Buller und sein Stab sind in Gibraltar ganz plötzlich nach England abgereist, einige Generale mit deutschen Dampfbooten von Delagoabai; 43 Büge mit Soldaten sind über Komatiport beordert worden, wohin?“

### China.

**Vom Chinawirrwarr.** Die „unwiderrückliche“ Note der Mächte ist nunmehr auch mit dem kaiserlichen Siegel versehen worden. Am Montag hatte noch, wie gestern gemeldet, Prinz Tsching erklärt, es sei so schwer, das kaiserliche Siegel zu erhalten, da es nur auf persönlichen Befehl des Kaisers angeschlossen werden dürfe. Am Dienstag hat er sich jedoch bereits, nach einer Remonstration der Mächte aus Peking, in Begleitung des Oberkonsuln nach der vorbestimmten Stadt begeben und dort den Dokumenten, die am Mittwoch den Gesandten überreicht werden sollten, das kaiserliche Siegel aufgedrückt.

Li-Hung-Tschang soll als Friedensunterhändler durch Quanschikai ersetzt werden. Wie der „Standard“ aus Schanghai meldet, erhielt der Gouverneur von Schantung, Quanschikai, einen Befehl, sich nach Peking zu begeben, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Man glaube aber, daß Quanschikai dem Befehl nicht Folge leisten werde.

Die Kommission für die Verteidigung der Gesandtschaften, die aus militärischen Sachverständigen besteht, berät zur Zeit über Maßnahmen, um die Bestimmungen der Klausel 7 der gemeinsamen Note betreffend die ständige Gesandtschaftswachen und Befestigung des diplomatischen Viertels durchzuführen.

Der Bahnhof in Peking lag bisher eine halbe Stunde von der Stadt entfernt. Nunmehr haben am Montag französische Eisenbahn-Ingenieure in die westliche Stadtmauer eine Bresche legen lassen, um durch diese die Bahnhalle von Peking in die Chinesenstadt hineinzuführen. Die von Tientsin kommende Linie soll bis an die Umwallung der Tartarenstadt geführt und der Bahnhof vor dem Wasserthor errichtet werden, durch das die Engländer seiner Zeit in die Stadt eindringen. Mit der Uebergabe der Eisenbahn nach Schanghai an die Deutschen haben die Russen begonnen. Die Deutschen beabsichtigen, wie aus Peking gemeldet wird, die Bahn der Leistung ihrer früheren Beamten unter militärischer Oberaufsicht zu unterstellen.

Ein Rundschreiben, das Graf Waldersee im November an die Kommandierenden der einzelnen Truppenkontingente erlassen hat, übermitteln der ostasiatische Berichtsführer des „Berl. Ztbl.“ seinem Blatte. Waldersee weist in demselben darauf hin, daß verschiedene Anordnungen getroffen sind, die nicht geeignet waren, den internationalen und gemeinschaftlichen Charakter der von ihm angeordneten Schritte zu wahren. Zum Schluß bezeichnet er folgende Gesichtspunkte als maßgebend: 1) Die Truppen jeder Nation nehmen nicht mehr Unterkunftsraum u. s. w. für sich in Anspruch, als ihrem Bedürfnis entspricht, und nehmen davon Abstand, Städte, Dörfer oder einzelne Bauhöfe, deren sie nicht bedürfen, mit ihren Flaggen zu bezeichnen; 2) Es ist nicht gestattet, Vertlichkeiten, die nur zum Teil oder gar nicht mit Truppen besetzt sind, unter den ausschließlichen Schutz einer Nation zu stellen; 3) Flaggen irgend einer Nation, die von Einwohnern an ihren Häusern u. s. w. angebracht werden, gelten nicht als Nationalflaggen und können nicht dazu dienen, die damit bezeichneten Vertlichkeiten der Benutzung durch Truppen anderer Nationen zu entziehen. Trotzdem sind die Flaggen selbst mit Achtung zu behandeln. Sie dürfen nicht mit Gewalt entfernt werden, doch ist es gestattet, neben ihnen die Flaggen anderer Nationen zu hissen, falls dies wünschenswert sein sollte; 4) Die mit Truppen oder Wachen einer Nation besetzten Bauhöfe dürfen von Truppen anderer Nationen nicht betreten werden, selbst wenn nicht alle Ausgänge mit Posten besetzt sein sollten; 5) Schutzbriefe und Passirweise, die einzelnen Persönlichkeiten durch Vertreter einer Nation ausgestellt werden, sind von den Truppen oder Nationen als gültig zu betrachten, solange nicht zwingende Umstände vorliegen, gegen den Befehl eines derartigen Schriftstückes vorzugehen. Eintretenden Falles ist dem Führer der nächstgelegenen Wache oder Truppe derjenigen Nation Mitteilung zu machen, von deren Angehörigen der Schutzbrief ausgestellt ist.

Dieses sogleich mitgetheilte Rundschreiben dürfte sehr gut, wie

wenig Werth die Kommandierenden der Truppen der anderen Mächte auf den Oberbefehl Waldersees bisher legen und wohl noch legen. Jeder würfelt für sich, ohne sich an die Anordnungen des Weltmarschalls zu halten. Was es mit dem Oberbefehl Waldersees überhaupt für eine Bewandnis hat, illustriert aber noch besser ein Bericht des Grafen Noyahaus an das „B. Ztbl.“ aus Peking vom 6. November v. J. Graf Noyahaus berichtet darin über einen Marsch des Detachements Normann von Peking aus. Als am 4. November Abends nach einem Marsch von 25 Kilometern die deutschen Soldaten die Stadt Sang-Shan Shin erreichten, prangte über dem Stadthor die französische Tricolore und auf weißer Leinwand Tafel zur Linken der Distanz in kunstvoll gemalten großen Lettern in französischer Sprache: „Die Stadt Sang-Shan Shin steht unter dem Schutze Frankreichs.“ Hieran folgte Graf Noyahaus die Bemerkung, daß die Franzosen sich gewiegt haben, sich dem direkten Oberbefehl des General-Feldmarschalls zu unterstellen, aber bei allen deutschen Operationen mitwirken wollen. Alle an der Etappenstraße Paoting-fu-Befehl gelegenen Orte, welche die deutsche Kolonne berührte, waren überreich mit blau-weiß-rothen Fahnen gesiezt, so daß fast von jedem Baum und jedem Häuserflaß die Tricolore wehte. Als in Sang-Shan Shin die deutschen Truppen zu requirieren begannen, schloß sich der Befehlshaber der Etappe, ein französischer Offizier, in seinen Schutzrechten verletzt und beschwerte sich über die ohne seine Genehmigung erfolgten Requisitionen sowie auch besonders darüber, daß deutsche Soldaten zur Kennzeichnung ihrer Quartiere das übliche französische Fahnen durch die deutsche Fahne ersetzt hätten.

Der weltberühmte russische Maler Wereschtschagin legte sich nach China, um Schlachtenbilder zu malen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 17. Januar 1901.

Von der Mustervorlage meint die „Stern. Ztg.“, daß ihre Bewilligung nicht zweifelhaft sei, „da ehemalige Gegner der Subvention nun vielfach zu Freunden derselben geworden sind. Ausgeschlossen soll es aber nicht sein, daß Abstriche gemacht werden.“ — Unsere Befürchtung war also vollumfänglich berechtigt. In vier Jahren können manche Menschen schon erheblich reichere und schmerzlicher von Räckart werden. Die zehntausend Arbeitslose, die augenblicklich in Lübeck weilen, wird es mit besonderer Freude erfüllen, wenn den Wohlhabenden ein musikalischer Almosen wird, dieweil sie selbst frieren und darben.

Die Kolonialgesellschaft zählt in Lübeck verhältnismäßig wenige Mitglieder. So müßte eine Verbesserung bürgerlicher Verhältnisse. Ein Zeichen für den gesunden Sinn der Bevölkerung!

Dem Jahresberichte der hiesigen Geschäftsstelle des Verbandes der Bäcker für 1900 entnehmen wir folgende, allgemein interessierende Angaben: „Das Jahr war ein ziemlich günstiges. Die Mitgliederzahl stieg trotz des großen Winkels von 41 auf 58 = rund 42 pSt. Der Berathungsbereich (es fanden 12 Mitglieder, 1 Ehrenmitglied, 4 öffentliche Versammlungen statt) ließ zu wünschen übrig. Es erschienen — von den Fahrtenkrüger Vätern abgesehen, die unendlich reuelmäßig erscheinen können — in den Mitglieder-Versammlungen durchschnittlich 20 pSt. der Mitglieder, obwohl wichtige Fragen zur Debatte standen und trivialen Vorträge gehalten wurden, vom Kollegen Lwowa über „Die Gesundheitspflege des Köpers“, vom Genossen Dammmer über „Der Kampf um's Dasein“ und von dem Kollegen Lwowa über „Die Pflichten der Mitglieder gegen ihre Organisation.“ In der Gesamtagensversammlung sprach Kollege Allmann über „Die geplante Ausdehnung der Hamburg-Altonaer Kollegin, die Bewegung der Berliner Kollegen und die Maßregelung des Kollegen Nuybaum.“ In der ersten öffentlichen Versammlung am 21. I. sprach Allmann-Hamburg über das Thema „Welche Mittel und Wege müssen wir einschlagen, um unsere Forderungen (Abschaffung von Kost und Logis) durchzuführen?“, in der zweiten am 25. 3. G. n. Friederich über „Die Vorkurs-Bewegung und ihre Gegner“, in der dritten am 13. 9. Kollege Lwowa über das Thema „Was lehren uns die Strafs der letzten Zeit in unserem Beruf?“ und in der vierten am 25. 10. Richttagabgeordneter Schwarz über „Die geplante Verschlechterung des Nationalarbeitstages.“ Die ersten beiden waren schlecht besucht, weshalb man es später mit Wochentagsversammlung versuchte und ein bedeutend besseres Resultat erzielte. Ein schwerer Verlust war für die Mitgliedschaft die Abreise des Kollegen Nuybaum. Derselbe wurde in der Brodfabrik von Peter Jensen gemässregelt, weil er für seine Kollegen eintrat. Verhandlungen mit der Firma verliefen ergebnislos. Im November wurde ein Diskursklub gegründet, welcher anscheinend lebhaftig ist, während seine beiden Vorgänger einschliefen.“ — Der Verband kann somit auf eine sehr rege Thätigkeit zurückblicken.

\* Bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte liefen seit Bestehen derselben bis 31. Dezember 1900 ein 4085 Alters- und 9172 Invalidenrentenkontingent, insgesamt 13 257, von denen 710 bzw. 914, insgesamt 1624 auf das Gebiet von Lübeck entfallen. Es wurden bisher gewährt 3576 Alters-, 7109 Invaliden- und 164 Krankenrenten, abgelehnt wurden 443 Alters-, 1516 Invalidenrenten, ausgeschieden sind bisher 1430 Alters-, 2240 Invaliden- und 25 Krankenrentenempfänger, davon 1347, 2072 bzw. 4 durch Tod. Auf lüblichem Gebiete bezogen am 31. Dezember 1900 Altersrente 371, Invalidenrente 518, Krankenrente 10 Personen. Bis jetzt wurde bezogen seit Bestehen an Altersrente: 585 253 80 Mk. Invalidenrente: 1 001 180 60 Mk. Krankenrente: 26 203 80 Mk. Von den Rentenempfängern entfallen auf Landwirtschaft und Gärtnerei 638, Industrie und Gewerbe 4621, Handel und Verkehr 2281, sonstige Berufe 583, Dienstboten pp. 2726. An Anträgen auf Rückherstellung von Beiträgen infolge Verherrathung weiblicher Versicherter (§ 43 des Gesetzes) gingen bisher ein 18 406 Anträge,

infolge Unfalls 17 Anträge (§ 43), infolge Todesfalls vor Rentengewährung (§ 44) 3457 Anträge, insgesamt 21 880, wovon auf lübliches Gebiet 1796 entfallen. Von den Gesamtanträgen wurden durch Rückzahlung 20 146, Ablehnung 1144 erledigt. In Heilfahnenbehandlung befanden sich Ende November 193 Versicherte, davon 25 aus Lübeck.

Wie geht's um den Bahnhof? Der hiesige Mitarbeiter des „Hbg. Corr.“ schreibt: „In Sachen unseres Bahnhofsbauwerkes sind die in Betracht kommenden Behörden augenblicklich sehr beschäftigt und fanden Sitzungen von langer Dauer statt, dagegen verlaufen noch nichts, wann die Generalversammlung der Lübeck-Büchener stattfindet, um das nötige Kleingeld zu bewilligen. Ob man überhaupt bewilligt? Eingeweihte wollen wissen, daß es schwer damit halten wird, daß dieselbe Opposition, die in der letzten Versammlung erschien, auch in der nächsten Versammlung erscheinen wird. Man muß in dieser Beziehung die Zeit abwarten. Die diesjährige Dividende fällt etwas geringer aus als die vorjährige und da man bereits im vorigen Jahre in der Generalversammlung eine höhere Dividende wünschte, resp. mit derselben nicht zufrieden war, so dürfte es in der nächsten Versammlung erst recht unzufriedene Gesichter geben, die die Veranlassung zur Annahme der abliegenden Haltung abgeben könnten. Es dürfte an der Zeit sein, daß auch die Direktion der Bahn sich ihre Chancen sichert, um mit ihrem Antrage durchzubringen.“ — Also will ein Theil der Aktionäre der Lübeck-Büchener weiter mit Lübeck Schindluder spielen, wie schon die vorige Generalversammlung bewies? Und gegen solch gemeingefährliches Treiben giebt es kein Mittel? Welche Zustände!

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerchaftsversammlung lautet: I. Wahl eines Mitgliedes des Bürgerausschusses an Stelle des verstorbenen F. Sartori. II. Wahl von 7 Mitgliedern für die in der Berathung vom 17. Dezember v. J. beschlossene Kommission zur Vorbereitung der Senatsvorlage betreffend den Tarif des Krankenhauses. III. Mitteilungen des Senates. IV. Anträge des Senates. 1) Erziehung einer achten Lehrstelle an der Realschule zu Ostern 1901. 2) Erziehung einer dritten ständigen Lehrstelle an der Präparandenanstalt zu Ostern 1901. 3) Anstellung pensionberechtigter Hilfsarbeiter in den Betriebsbüros der Verwaltungsbetriebe für städtische Gemeindeanstalten. 4) Erhebung einer Abgabe von den in den Lübeckischen Seehäfen Winterlager haltenden Schiffen. 5) Fernere Bewilligung von 7000 Mk. zu den Kosten des Straßenausbaues im Arbeiter-Bezirksviertel oberhalb der Friedenstrasse in der Vorstadt St. Lorenz. 6) Zukunftsvertrag zu der Uebereinkunft der drei freien Hansestädte vom 30. Juni 1879, betreffend die Errichtung eines gemeinschaftlichen Oberlandesgerichts. 7) Abänderung des Abl. I des § 61 des Lübeckischen Gerichtsverfahrensgesetzes vom 12. November 1900. 8) Bewilligung einer Beihilfe von jährlich 15 000 Mk. aus öffentlichen Mitteln an den Verein der Kunstfreunde in Lübeck auf fernere fünf Jahre. 9) Gehaltserhöhung für den Assistenzarzt an der Grenzsanität. 10) Ankauf des Grundstückes Fischbänkerstraße Nr. 91 für den Staat. 11) Rückübernahme und widerholter Antrag, betreffend Grundstücksankauf zu einem zweiten Kirchhofe für die Lorenz-Kirchengemeinde. 12) Befreiung der deutschen Schulkasse von Schiffsabgaben. 13) Umwandlung der hiesigen diätetisch besetzten Stelle eines zweiten Reichsanwaltens des Elektrizitätswerkes in eine ständige Beamtenstelle.

\* Verein der Freunde von Sing und Zierbögel. Die 12. große Vogel-Ausstellung wird am Sonnabend dieser Woche in den unteren Räumlichkeiten von Schneiders Gesellschaftshaus, Johannisstraße Nr. 25, eröffnet. Die Anstellungen, sowohl an Kanarien wie an Sing- und Ziervögeln und Geräthschaften sind über Erwarten zahlreich eingegangen. Die Kanarien-Abtheilung wird von den bedeutendsten Meistern Deutschlands aus Dresden, Leipzig, Berlin, St. Andreasberg, Bremen, Hamburg, Kiel, Göttingen und anderen Orten besucht; dazu kommt noch eine stattliche Anzahl hiesiger Vereinsmitglieder Mehr als 100 Kanarienhäbne werden am Freitag von den Herren Preisrichtern in Bezug auf ihre gesanglichen Leistungen bewertet werden. — Auch die zweite Abtheilung „Sing- und Ziervögel“ wird sich durch große Mannigfaltigkeit und außerordentlich seltene Zuchtsergebnisse auszeichnen. Erwähnt mag noch werden, daß auch 2 Dampfenhäbner aus der Rhön entfallen, die reiche Kollektionen vieler niedlichen Vögel und beliebten Kunstfänger bringen werden. Auch an Hilfsmitteln für Vogelzucht und Pflege wird die Ausstellung vorzügliches Material in großer Anzahl und in den neuesten Verbesserungen und Einrichtungen zur Schau stellen. — Der Verkauf der Loose geht sehr gut; bis auf wenige Hundert sind dieselben abgesetzt. Es dürfte sich empfehlen, die Ausstellung schon am Sonnabend zu besuchen, da der Andrang am Sonntag erfahrungsgemäß sehr groß sein wird. Die Prämierung sämtlicher Vogel- und Geräthschaften findet am Freitag statt, jedoch die Besucher gleich am Eröffnungstage eine in jeder Hinsicht vollständige und fertige Ausstellung vorfinden werden.

\* Holzverkäufe im Fürstenthum Lübeck. Montag, den 21. d. Mts., 2 1/2 Uhr, bei O. Witt in Gatin: 1. Auer Nord: Forstort Neuloppel: Eichen-St., Nr. 1-18, 32 Km. Nadelholz, Nr. 14-23. 2. Reiner Grensfeld: Forstort Gr. Thierholz: Eichen-St. und Abtheilung, Nr. 1-25 = 43 Km. Forstort Guntztopfel: Eichen-St., Nr. 1 und 2 = 5 Km. 3. Reiner Gatin: Forstort Höhne: Eichen-St. und Abtheilung, Nr. 1-2 = 27 Km. Forstort Schatthagen: Eichen-St. u. Abtheilung, Nr. 1-18 = 46 Km. Forstort Schatthagen: Eichen-St., Nr. 31-46 = 12 Km. 4. Reiner Wäckerle: Forstort Ulke: Eichen-St. und Abtheilung, Nr. 1-23 = 28 Km. 5. Reiner Wäckerle: Forstort Wäckerle Dörn: Eichen-St. und Abtheilung, Nr. 1-38 = 105 Km. Forstort Sieversdorferholz: Eichen-St. und Abtheilung, Nr. 1-12 = 23 Km. — Dienstag, den 22. d. Mts., 2 Uhr, bei Steffen in Linsfelde: Forstort Brammerhorst: Buchen: 3 Nadelräume auf 4,16 Km, Nr. 6-8, Buchen: 121 Km. Nadelholz, Nr. 9-37. Forstort Polstoppel: Eichen: 13,11 Km. Nadelholz, Nr. 1-17. Eichen: 9 haufen Drahtplähle, Nr. 18-26. Eichen: 10 Zwischholzhäufen, Nr. 27-33. Buchen: 7 Km. Brennholz, Nr. 34-37. Buchen: 17 Durckhauungshäufen, Nr. 38 bis 54. Forstort Thierholz: Bracke, Nadelraum, Eichen: 25 Km. Nadelholz, Nr. 26-43. Eichen: 12 Zwischholzhäufen, Nr. 105-116. Buchen: 3 Nadelräume auf 3,33 Km., Nr. 44 bis 46. Buchen 232 Km. Nadelholz u. Brennholz, Nr. 47-104. Buchen: ca. 20 haufen Durckhauungsholz, Nr. 117 bis weiter. — Montag, den 21. d. Mts., 1 1/2 Uhr, bei Jürgen's in Schwartau: Buchen: 78,5 Km. Knüppel u. 3 haufen Buch. Spanu. Kiefernholz; ca. 20 haufen. Benz von Nr. 166 an. Gemischtes Laubholz: 100 haufen Buch. Kiefernholz: 88 Km. Knüppel u. 15 haufen Buch. Kiefernholz: Eichen: 11 Km. Nadelholz, 53 Drahtplähle und 2 haufen Buch. Buchen: 115 Km. Nadelholz u. Knüppelholz u. 15 haufen Buch. Nadelholz: 25 haufen harte Schleete, 32 Km. Knüppel und 10 haufen Buch. Schwartau. Durch Feuer wurde Dienstagnacht der Kathen des Hüners Treppau in Rensfeld, welcher von einem Schiffe bewohnt ist, zerstört. Mit

Mühe retteten die Insassen das nackte Leben. In ein Böfchen war wegen der Witterungsverhältnisse nicht zu denken.

Den Offenbarungseid leisteten vor dem hiesigen Amtsgericht im Dezember 9 Personen.

**Reinsfeld.** Undank ist der Welt Lohn. Am Dienstag trafen in Rehforst in einer Wirthschaft ein Kornmakler aus Lübeck und ein Maschinenhändler zusammen. Ersterer, stark in Stimmung, radelte zuerst nach Reinsfeld fort. Als sein Gefährte bald folgte, fand er das Rad am Wege und den Reiter im Chauffeegraben. Mitleidigen Herzens sammelte er den Verunglückten auf und nahm ihn mit sich nach Reinsfeld. Unterwegs jedoch erzürnte sich Reiter und Geretteter, und im Verlaufe des Streites demolirte der Kornmakler das Rad seines gutmüthigen Kollegen, sodaß dieser den schwarzen Bruder zur Fahrt nach Lübeck benutzen mußte. Der Kornmakler skandalisirte in Reinsfeld lustig weiter, bis ihm ein Wächter zur Ruhe mahnte. Vergebens! Als der Hüter der Ordnung zur Arrestirung schreiten wollte, fand er heftigen Widerstand. Auf seinen Pfiff erschien ein zweiter Wächter. Jetzt ergriff der Reiter das Seitenpferd, sein Rad im Stiche lassend. Den Wächtern gelang es nicht, ferner habhaft zu werden, da der Maschinenhändler ihn jedoch kennt und außerdem die Nummer seines Rades den Verräther macht, so wird ein gerichtliches Nachspiel wohl nicht ausbleiben.

**Keine Chronik der Nachbargebiete.** Der Hamburgische Senator Rudolph Rosen tritt mit dem 1. Februar krankheits-halber von seinem Amte zurück. — In Elmshorn (Hamburg) wurde ein Schwamm wegen eines an einer kleinen Brod-

trägerin begangenen Sittenverbrechens verhaftet. — In der Boer-mannstraße 6 in Hamburg ist die Familie des Werkbeamten Gräbning, bestehend aus dem Mann, seiner Frau und ihren vier Kindern, infolge Gasvergiftung tödtlich erkrankt; das jüngste Kind ist bereits gestorben, die anderen Familienmitglieder befinden sich im Krankenzustand; das Unglück wurde durch einen Gasrohrbruch verursacht. — In Pöde bei Barmstedt erlitt der Knecht Böttcher infolge Ueberfahrens durch das eigene Fuhrwerk schwere Verletzungen (Bruch) beider Beine und einer Hand. — Auf dem Pfadweg bei Elmshorn erlitt die hochschwangere Frau des Arbeiters Hoffmann einen Krampfaderrbruch. Ehe noch nachbarliche Hilfe zur Stelle war, war die Frau bereits verblutet. Sechs kleine Kinder trauern um den Verlust der Mutter. — Dienstag Nacht wurde auf die Personenpost Sondernburg-Flensburg zwischen Mädel und Updahl ein Raubüberfall verübt. Ein unbekannter Thäter griff den Postillon an, feuerte auf den Postbegleiter, ohne ihn jedoch zu treffen, und flüchtete alsdann. Die Post führte bedeutende Postmittel mit. — Der Rittergutsbesitzer Graf Kanitz auf Welfhof bei Lübeck, ein Bruder des bekannten Reichstagsabgeordneten Grafen Kanitz-Podangen, wurde auf der Jagd beim Ueberfliegen eines Drahtgitters durch den losgehenden Schuß seiner Flinte auf der Stelle getödtet. — In Lübeck brannte das Stallgebäude des Produzentenhändlers Zabel mit dem gesamten Inhalt nieder. — In Tröpsau bei Dömitz kam das 2-jährige Kind des Malers Brühl in Abwesenheit der Eltern dem Dien zu nahe und verbrannte. — In Alt-Pöschow bei Laage brannte ein von zwei Arbeiterfamilien bewohnter Erthen zinder. — In Heiligenhagen bei Kröpelin geriet die Arbeiterfrau Dopp in die Drehschneidmaschine und erlitt Verletzungen, die ihren Tod zur Folge hatten. — In Waren fiel ein Schuldirektor so unglücklich beim Schlittschuhlaufen, daß er eine lebensgefährliche Gehirnerschütterung erlitt. — Auf der Reptonweide in Rosdorf fiel der mit Segen von Stüben beschäftigte 70 Jahre alte Schiffszimmerer Rask durch eine Kohlenluke vom Deck 6 Meter tief in den Raum und verletzte sich schwer. — In Waderow bei Stavenhagen erlitt der Altknecht Kohagen durch Sturz vom Schuppenboden eine Augenquetschung, welche seinen Tod zur Folge hatte.

**Das Arbeitersekretariat**  
Johannisstr. 46  
ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

**Stiel. Preßprozeß.** In der bekannten Klage-sache des vormaligen Flensburgers Landrathes, Regierungsraths Dr. Rasch Charlottenburg, gegen die Führer des Bunde der Landwirthe von Schleswig-Holstein und den Redakteur der „Deutschen Tagesztg.“, die ihm bei der Landtagswahl Parteilichkeit vorgeworfen hatten, sprach die Strafkammer nach zweimaliger Revision die früher zu Geldstrafe verurtheilten Angeklagten Biese, Wihera und Strehle frei.

**Streuholz-Viehwurk**  
Hamburg, 16. Januar  
Der Streuholzhandel verlief gut.  
Abrechnung wurden 700 Tausend, davon vom Norden — vom Süden — Stüd. Preise: Seugischweine — Mt. 48—52 R., 54—55 R., 56—57 R., 58—59 R., 60—61 R., 62—63 R., 64—65 R., 66—67 R., 68—69 R., 70—71 R., 72—73 R., 74—75 R., 76—77 R., 78—79 R., 80—81 R., 82—83 R., 84—85 R., 86—87 R., 88—89 R., 90—91 R., 92—93 R., 94—95 R., 96—97 R., 98—99 R., 100 R.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen hochachtungsvoll  
**Johannes Westphal und Frau,**  
geb. Schmidt.

**Ein eleganter Damen-Maschinen-Anzug**  
billig zu vermiethen Steinbäderweg 7. Hofkenth.  
Besucht zum 1. Februar d. Js. 1 tüchtiges Mädchen für alle häuslichen Arbeiten  
Sandbühlstraße 5, 1. Et.

Zu verkaufen ein kleines Haus nahe dem Hühnerhof unter günstigen Bedingungen. Käufer wohnt auf 100 Mark.  
Näheres in der Exped. d. Bl.

**Ein Bett und Bettstelle**  
billig zu verkaufen  
Krohnstraße 24.  
Durch Zufall 2 neue eichen lackirte Bettstellen außerordentlich schön, 1 neues rothes Bett  
Blumenstraße 17, 1. Et.

**Frische dicke hiesige Flohmen**  
Pfund 65 Pfg.

**C. Harz**  
Breitestr. 66 a. Fernsprecher 1223.

**Frische Flohmen**  
Pfund 65 Pfg.  
Ober Sandbühlstraße 10. **Hans Wegener.**  
Schneidwerk 60 Pfg., gel. Mercur 70 Pfg., Lederwerk u. ger. Lederwerk 70 Pfg., Preßwerk und Rothwerk 50 Pfg., bestes Schmalz 70 Pfg., Stutenfleisch 40 Pfg., Speiseöl 40 Pfg., frisches Kochfleisch 30 Pfg., Aufheuer (gel. und ger.) 40 Pfg., täglich fr. Schwarysauer, Brodwurst à 10 Pfg., Jeden Sonnabend 5 Uhr warme Rindwurst, ff. Aufschnitt.

**M. Lahrtz, Böttchermeister.**

**Neu eröffnet!**  
2 Pfaffenstrasse 2  
Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt.

**Schnellbesohl-Anstalt**  
mit Maschinenbetrieb.  
Schnelle Lieferung. Sondere Anfertigung. Dauerhaft. Beste. Billigste Preise.

2 Pfaffenstrasse 2  
(im Hause des Herrn Pülschen).

**Holzschuhe**  
sind wieder in allen Größen vorräthig.  
**Ludw. Hartwig, Vertreter.**

**Soeben erschienen:**  
Die deutsche Bewegungsbewegung.  
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.

Die Genossenschaftsbewegung.  
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.

**Von Gotha bis Ryden.**  
Von J. Auer. Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Ca. 3000 Paar**  
Schuhe, Stiefel, Pantoffeln, Ballschuhe  
die zum Theil aus meiner Filiale entnommen, sollen innerhalb weniger Tage ganz bedeutend unter Preis verkauft werden.  
Sämmtliche Leder-Schuhwaaren mit 10—15 %  
Herrn-Schuhe. sonst 5 Mk., jetzt 2.60 Mk.  
Damen-Filz-Schuhe. sonst 1.44 Mk., jetzt 88 Pf.  
Kinder-Stiefel. 17/18 sonst 2 Mk., jetzt 1.35 Mk.  
Vom 15. Januar bis 2. Februar.  
**Louis Cantor, Breitestr. 53,**  
an der Johannisstraße.

**„Das Arbeiterrecht“**  
von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags.  
Dem Werke direct angeschlossen ist der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.  
Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.  
Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfennig erscheinen. Bestellungen nimmt unsere Buchhandlung und deren Colporteurs entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.**  
— Fernsprecher 161. —  
Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz hergestellten Lager- und Tafelbiere in bekannter Güte, sowie unser **Kapuzinerbräu** welches nach Münchener Art, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und arbitren uns bestellungen direct oder durch die Bierführer.

**Central-Hallen.**  
Erste grosse Volks-Maskerade am Sonntag den 3. Februar 1901.  
W. Horgwardt.

**Friedr. Paetan, Wurstfabrik,**  
27 Böhlenstraße 27.  
Frische Brodwurst, Grützwurst, frisches Kopfleisch, geräucherter Schweinsköpfe.

**Verleih-Institut für Damen-Maskengarderoben**  
in reichhaltiger reicher Auswahl.  
M. Alexander, Fischergasse 54.

**Mitglieder-Versammlung**  
der Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbauerschaft am Sonnabend den 19. Januar  
Abends 8 Uhr  
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.  
Tages-Ordnung:  
Abrechnung. Bericht des Die örtliche Verwaltung.

**Achtung Schmiede!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag den 18. Januar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung.  
2. Statutenberathung.  
3. Festsetzung der Versammlungstage.  
Der Vorstand.

**Gesang-Verein „Einigkeit“**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonnabend den 19. Januar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale Neu-Lauerhof.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung.  
2. Beschließung der Forderungen.  
Der Vorstand.

**Nationalsocialer Verein Lübeck.**  
**Festcommers**  
zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871  
Freitag den 18. Januar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Concerthaus Fünfhausen.  
Festredner: Herr Generalsekretär Martin Wenck-Berlin.  
Herr Sekretär Alb. Kuhlmann-Hamburg.  
Jeder Nationalgenosse ist willkommen!  
Saalöffnung 8 Uhr. Der Vorstand.

**Selmsdorf.**  
Sonntag den 20. Januar d. Js.:  
**Tanz-Musik**  
worn freundl. einladet H. Witt.

**Stadt-Theater**  
Freitag den 18. Januar.  
108. Borst. 84. Abonn. 16. Freitag-Abonn.  
**Die Zauberflöte.**  
Sonnabend den 19. Januar.  
Schüler- und Volksvorstellung.  
**Czar und Zimmermann.**  
Montag: Die Puppe!!!

## Geheimsprachen.

Vor kurzem hat Professor Kluge von der Universität Freiburg i. Br., der Verfasser eines vorzüglichen Etymologischen Wörterbuchs der deutschen Sprache und Herausgeber der „Zeitschrift für deutsche Wortforschung“, in Berlin einen anregenden Vortrag über die Sprachen gehalten, die einzelnen Ständen eigen sind, und namentlich über die mit diesen Standessprachen in engem Zusammenhang stehenden Geheimsprachen. Nach dem Berichte der „Täglichen Rundschau“ führte der Gelehrte folgendes aus:

Die reichste Berufssprache, die wir im Deutschen haben, ist die Gaunersprache, das Rotwälsch, dem nur noch die Weidmannssprache an Reichthum nahe kommt. Wir kennen unser Rotwälsch schon seit dem 13. Jahrhundert. Die öffentliche Sicherheit verlangte die Veröffentlichung der den Polizeibehörden zur Kenntniß gelangten Sprachgeheimlichkeiten des verbrecherischen Gefindels, und so wurde die Gaunersprache sehr frühzeitig der Gegenstand sprachlicher Erklärungsversuche. So findet sich der Ausdruck „blechen“ für bezahlen schon in den rotwälschen Quellen des 15. Jahrhunderts, ebenso war das Wort „pumpen“ sehr früh vorhanden. Auch die Redensart „jemandem den rothen Hahn aufs Dach setzen“ ist von Hans Sachs in die Gesellschaft der Nordbrenner verwiesen worden, die schon im 16. Jahrhundert eine geheime Zeichensprache hatten, in der der rothe Hahn eine große Rolle spielte.

Die Gaunersprache war in ihren ersten Anfängen eine Bettlersprache. Das Bettlertum war mit dem Verbrechertum eng verknüpft, und daher war auch die Bettlersprache mit dem Rotwälsch bis tief in das 18. Jahrhundert sehr nahe verwandt. Wir verdanken die Kenntniß dieser Geheimsprachen vornehmlich der politischen Ohnmacht Deutschlands in den früheren Jahrhunderten, die eine bunte Mannigfaltigkeit der Rechtsprechung zur Folge hatte, die uns die Kenntniß der Geheimsprache, in der sich die Verbrecher aus den entlegensten Gegenden miteinander verständigten, recht sorgfältig überliefert hat.

Außer dem Rotwälsch gab es aber im Mittelalter noch andere Geheimsprachen. So gesielen sich die Klöster in den Spielereien einer literarischen Geheimsprache. Dieser harmlose Zeitvertrieb hat auch einer Zeichensprache das Leben gegeben, die schon im achten Jahrhundert, namentlich in der Zeit des großen Schweigens während der Fasten viel angewendet wurde. Die heilige Hildegard, die gegen Ende des elften Jahrhunderts Abtissin eines Klosters bei Bingen war und sich als religiöse Schriftstellerin eines großen Ansehens erfreute, hat uns ein Zeugniß einer solchen Geheimsprache überliefert, aber es ist festgestellt, daß diese Art von Geheimsprache schon in Daellen zu finden ist, die hundert Jahre älter sind, als die der frommen Abtissin.

Im Gegensatz dazu ist das gleichaltrige Rotwälsch keine Spielerei, sondern bitterer Ernst. Es ist eine gesprochene Sprache, an deren Verbreitung Pergament und Papier keinen Antheil haben. Literarische Vorbilder können an seiner Entstehung nicht mitgewirkt haben, auch die klösterliche Geheimsprache hat mit dem Rotwälsch nichts zu thun. Auch das Judenteutsch sowie das Zigeunerteutsch sind davon durchaus verschieden. Das Judenteutsch findet man zwar auch als Gaunersprache vor, aber das alte Rotwälsch enthält nur einige judenteutsche Ausdrücke. Und was die Zigeunersprache betrifft, so hat auch diese auf die Entwicklung des Rotwälsch in der älteren Zeit keinen Einfluß geübt, denn die Zigeuner traten erst im Jahre 1417 in Deutschland auf.

Das Rotwälsch ist demnach eine deutsche Sprache, die im deutschen Volke wurzelt und nicht etwa in einzelnen Landschaften. Sie war seit jeher in allen Theilen Deutschlands vorhanden und ist aus der Sprache der niederen Volksschichten herausgewachsen. Unsere Mundarten sind von ein-

ander so verschieden, daß sie sehr leicht einige Beiträge für die Geheimsprache liefern konnten. Aus den Akten eines großen Prozesses vom Jahre 1750 geht hervor, daß die Mörder die Spitzbübensprache anwandten und sie zu verändern und zu verbessern suchten. Thatsächlich war das Rotwälsch überall eine deutsche Sprachart, die für alle Stände umschreibende Benennungen hat. Die Gaunersprache steigert die verhüllenden Benennungen so sehr, daß in dieser Steigerung ihr eigentliches Wesen besteht, wobei sich oft sprachlicher Uebermuth und Witz geltend machten. Aber damit ist ihr Charakter nicht erschöpft, es treten auch fremdartige Worte hinzu. Das Judenteutsch ist schon erwähnt. Am stärksten wird die Mischung im 18. Jahrhundert, wo im Rotwälsch durchweg jüdische Zahlen vertreten waren, während im 15. Jahrhundert nur deutsche Zahlen gebraucht wurden. Dann ist aber auch ein lateinischer und romanischer Anflug unverkennbar, wie die Worte Patris und Matris für Vater und Mutter, Kobal für Pferd, Stabulum für Bettelstab deutlich zeigen. Nobis für neun und Tribus für drei erinnert an die Scherzsprachen der mittelalterlichen Klosterschulen. Andere Floskeln stammen wahrscheinlich von verlaufenen Merikern oder verlaufenen Studenten, die viele lateinische Brocken der Verbrechersprache geliefert haben dürften.

Die rotwälsche Sprache hat sich im Ganzen und Großen von Geschlecht zu Geschlecht ohne sonderliche Veränderungen fortgesetzt. Auch räumlich hat sie eine weite Verbreitung, ihre Worte gelten ebenso im Norden wie im Süden, ja, es findet sich sogar eine überraschende Verwandtschaft unseres Rotwälsch mit den Geheimsprachen in Flandern und in Schweden.

Zuweilen tritt sie auch in der Literatur als Verbrechersprache auf, namentlich im älteren Schauspiel des 16. und 17. Jahrhunderts. In der klassischen Sprache ist sie aber ganz ausgeschlossen. So hat auch Shakespeare eine Geheimsprache seinen Verbrechern nicht in den Mund gelegt, und ebenso verächtliche Schiller dieses plumpe Mittel, obwohl ihm jene Sprache zugänglich war. Erst in der modernen Literatur, namentlich in den Kriminalromanen, zeigt sich wieder das Rotwälsch der erstanten Zeitgenossen. Das Rotwälsch ist allerdings bis zum heutigen Tage eine lebende Sprache, zu deren letzten Ausläufern die Händler und Hausirerprache gehört, in der sich auf Jahrmärkten die Händler selbst ihre Worte zurufen, die nur die Eingeweihten verstehen. Eine solche Händlerprache ist in einigen Ortsteilen unweit von Pechingen zu finden, und sie hat auch mehrfache Bestandtheile mit dem Rotwälsch gemein. Auch die Hausirer des westfälischen Sauerlandes sprechen eine dem Rotwälsch verwandte Geheimsprache, die merkwürdigerweise mit Judenteutsch durchsetzt ist, wiewohl die sauerländischen Hausirer niemals Juden gewesen sind. Derselbe auffallende Erscheinung finden wir in einigen Dörfern in der bayerischen Pfalz. Am überraschendsten sind aber zwei Geheimsprachen in der Rheinprovinz und im nördlichen Westfalen, wo die großen Kaufherren eine rotwälsche Hausirersprache reden. Die Sprache der nordwestfälischen Kaufherren enthält Bestandtheile von vielhundertjährigem Alter, ist aber bereits im Aussterben. Eine andere Händlerprache giebt es noch an der holländischen Grenze, das sogenannte Krämerlatein, das nur wenige Worte mit dem nordwestfälischen Rotwälsch gemeinsam hat. Das Krämerlatein ist gleichfalls sehr alt, und es ist dabei sehr überraschend, daß beispielsweise das Wort Minoris für ich auch in der schwedischen Hausirersprache vorkommt. Die nächste Verwandte des Krämerlateins ist die belgische Geheimsprache. Alle diese Sprachen deuten auf Beziehungen zum Schnuggelertum hin, und daher ist ihr Ursprung ebenfalls auf das Rotwälsch zurückzuführen.

Der menschliche Spieltrieb wendet sich mit Vorliebe der Sprache zu und übt sich in allerlei verdunkelnden Scherzen. So erzählt Goethe von einer Scherzsprache, die er mit seiner Schwägerin gesprochen; auch der alemannische Dichter

Hebel hatte eine Scherzsprache im Gebrauch. Am verbreitetsten ist die kindliche Geheimsprache, die schon im 15. Jahrhundert an den Schulen in Basel vorgefunden wurde. Im Anfang des 18. Jahrhunderts hat eine deutsche Prinzessin, Polyxene von Sardinien, mit ihren Angehörigen in der Heimath einen lebhaften Briefwechsel in einer Scherzsprache geführt, die sie in der Kindheit geübt hatte. Es war die bekannte Bi-Sprache, die aus den Klosterschulen stammt. Alle diese Sprachscherze leben noch in unserer Jugend fort, und dazu kommt noch die bekannte eo-Sprache der Studenten. Die Gaunersprache hat aus diesen Scherzsprachen manches vererbt. Neuerdings tritt aber die Gaunersprache auch in der Schulsprache auf. So spricht die Berner Schulschule zum großen Theil ein wirkliches Rotwälsch, — eine böse Verwandtschaft in einer harmlosen Umgebung. In dessen, wenn wir das Rotwälsch zergliedern, so überwiegen darin überhaupt die harmlosen Züge unserer üppigen Volkssprache.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Breslau sind in der Bau- und Kunstflerei von Josef Zwienner Differenzen ausgebrochen. Es wird versucht, die Errungenschaft der letzten Lohnbewegung im Juni 1900 zu durchbrechen, indem die zehnstündige Arbeitszeit statt der bisher bewilligten neunstündigen Arbeitszeit eingeführt werden soll. Ebenso erfolgte Verkürzung der Arbeitslöhne. Die auswärtigen Kollegen werden erucht, dies zu beachten. — Der Töpferstreik in Leipzig wurde in Anbetracht der klauen Geschäftszeit und der vielen Arbeitswilligen, die durch allerlei Vorspiegelungen nach Leipzig gelockt worden sind, aufgehoben. Es befanden sich noch gegen 70 Personen im Auslande. — Auf den Pantherfahrradwerken in Magdeburg wurden am Sonnabend, angeblich wegen Arbeitsmangels, 35 Mann entlassen. Als die Firma auf das Ersuchen der Arbeiter, lieber die Arbeitszeit zu reduzieren und die Entlassenen wieder einzustellen, nicht einging, verließen sämtliche Arbeiter die Fabrik. — Im Streit in der Berliner Holzindustrie dauerten am Montag die Verhandlungen des Gerichtshofes des Einigungsamtes, sowie die privaten Verhandlungen des Arbeitgeber und Arbeitnehmer Abends bis 6 Uhr. Der Gerichtshof ließ sodann verkünden, daß man sich vorläufig noch nicht über Vergleichsvorschläge einig geworden sei. Am Mittwoch Nachmittag um 5 Uhr findet die Fortsetzung der Verhandlungen statt. Erfolgt dann keine Einigung, so wird noch an demselben Tage der Schiedspruch gefällt werden.

**Eine internationale Stahlarbeiterkonferenz soll Pfingsten d. Js. in Solingen stattfinden.**

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes** im vorigen Monat schreibt die Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“: Kein Monat des Jahres zeigt ein so unruhiges Bild des Arbeitsmarktes wie der Dezember. Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit, demgegenüber das Weihnachtsgeschäft und endlich wiederum das plötzliche Aufhören desselben verursachen ein beständiges Hin- und Herboggen. In diesem Monat kann unter Umständen die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Krankenkassen ein verhältnismäßig günstiges Bild geben, während die Eingestellten gleichwohl schon dazu beitragen, die Zahl der Arbeitsuchenden zu vermehren. An den deutschen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind, kamen diesmal im Durchschnitt des Monats auf 100 offene Stellen 161,9 Arbeitsuchende (gegen 124,2 im Vorjahre). Daß in den Krankenkassen die Verminderung der Mitgliederbestände nur 4,2 pCt. betrug (gegen 5,5), kann aus den oben erwähnten Gründen das Urtheil nicht erheblich ändern. Aus den rheinisch-westfälischen und oberhessischen Bergbaubezirken werden fortgesetzt neue Arbeiterentlassungen bekannt. Aus den elbischen Tuchbezirken, aus der Textilindustrie in Bielefeld, M.-Glabbad und anderen Orten werden Ver-

## Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

23. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„D, ich rechne mit Sicherheit auf Ihren kräftigen Beistand, bester Freund“, fiel Reinhart dem alten Senden in die Rede. „Warum auch sollte man sich von einem Geschäft fern halten, dem bereits so Viele ihr Glück zu verdanken haben. Zudem ist es ja ein durchaus reeller, ehrlicher Gewinn.“

„Ganz gewiß, man müßte ein Thor sein, in seinem Schweiß sich abzumühen, wenn man das Geld auf leichtere Art erwerben kann.“

„Ich habe bei der Bewirthschaftung meines Grundbesitzes mit der Zeit wohl etwas vor mich gebracht und eine Kleinigkeit erübrigt.“

„Unter Plagen und Darben natürlich; das kenne ich, bester Freund.“

„Der Händler erzielt viel höhere Gewinne bei weniger Arbeit.“

„Gewiß, das ist gar keine Frage. Die Anlage trägt hundertfältige Rente. Während der Landmann froh sein kann, wenn er in halbwegs guten Jahren sechs bis sieben Prozent verdient, müssen beim Handel schon mindestens fünfzehn bis zwanzig Prozent herauspringen, will man ein Geschäft gemacht haben.“

„Ganz richtig. Unser Verdienst hängt von tausenderlei Zufällen ab, die wir nicht in der Gewalt haben. Fällt das Jahr einmal reichlich aus, sinkt der Werth der Ernte und die Aufkosten stellen sich höher. Was bleibt uns da? — Einem Mißjahr sehen wir mit weniger Sorgen entgegen, denn der scheinbare Verlust wird durch den in der Regel höheren Marktpreis der Waare gottlob ausgeglichen. Ohne

unjere vortrefflichen Schutzzölle freilich würden wir Landwirthe bald an den Bettelstab kommen.“

„Kenne das Alles; ein müßeliger Gewinn bleibt es auf alle Fälle. Die ungünstigen Faktoren kann man als erfahrener und geschäftskundiger Händler viel besser in Berechnung ziehen und seine Dispositionen zur Spekulation dem vorhandenen oder voraussetzlichen Ernüsternde anpassen. Und denken Sie nur nicht, daß ich Sie wegen der einzugehenden Verwandtschaft patronisiren will. Nein, nein, Sie sollen in mir einen durchaus eigenennütigen Mann finden. Dabei rechne ich wieder auf Sie als ein brauchbares Glied in der Kette meiner wohlbedachten Spekulationen. Zur nutzbringendsten Durchführung derselben ist es von Wichtigkeit, daß man seinen Kredit in ausgedehntem Maße verwerten kann. Vertrauen Sie meiner umsichtigen Führung, Sie werden sich, dessen bin ich sicher, nicht zu beklagen haben.“

„D, ich zweifle nicht im Mindesten.“

„Sie haben hier und in der weitesten Umgebung eine ausgebreitete Bekanntheit, einen angesehenen Namen, mithin auch, wie ich mit Recht annehmen kann, einen unbegrenzten Kredit, und dieser ist so viel werth, wie bares Geld. Sie haben daher die denkbar günstigsten Chancen, arbeiten mit mehrfachem Kapital, und in Verbindung mit meinen bewährten Geschäftserfahrungen kann —“

„Aber das Risiko?“ fragte Reinhart etwas ängstlich dazwischen.“

„Ist allerdings vorhanden — keine Rosen ohne Dornen. Doch was man hier und dort etwa verlieren sollte, gewinnt man an einem anderen Orte doppelt, und je verzweigter und ausgebeunter wir operiren, desto weniger kommen die Verluste in Betracht, desto geringer ist auch die Möglichkeit, anstalt zu gewinnen, zu verlieren. Vertrauen Sie meiner kundigen Leitung.“

„In die ich keinen Zweifel setze. Ich kenne Sie als den gewiegtesten und umsichtigsten Mann.“

„Aber nun lassen Sie uns auf unsere heutigen Geschäfte kommen“, lenkte Senden das Gespräch eifrig ab, denn ein Blick auf die Uhr belehrte ihn, daß nicht länger zu zögern sei, die in Frage stehende Angelegenheit zu erledigen. „Ich habe mir die Freiheit genommen, den Ehekontrakt in zwei Exemplaren anzufertigen, wobei ich mich genau an die Resultate unserer Vorbesprechungen gehalten habe. Die Urkunden sind zum Unterzeichnen fertig. Da haben Sie ja Ihr Schreibzeug, bitte —“

Sie haben Recht, die Zeit eilt — in wenigen Minuten werden uns die Gloden zur Kirche rufen.“

Mit diesen Worten reichte Reinhart von seinem Sekretär Linde und Feder herbei und wollte eben seinen Namen unter die Schriftstücke setzen, als ihn Senden durch einen leichten Druck auf seine Hand davon abhielt.

„Halt, werther Freund, hat! Sie haben da wieder einmal die Hauptsache, die wichtigste Vorbedingung vergessen. Nur immer geschäftlich, diese Mahnung muß ich nochmals bringen an Sie richten. Ein kleines Abweichen von den Geschäftsregeln kann unberechenbare Nachtheile mit sich bringen. Der Kontrakt spricht ausdrücklich von der Uebergabe der Mitgift bei Unterzeichnung der Dokumente. — Ich erinnere Sie daran nicht etwa aus Mißtrauen gegen Sie — nicht im geringsten — aber mein Verlangen entspricht dem korrekten Geschäftsgebrähen, dessen Sie sich auch in Zukunft angelegen sein lassen müssen.“

„Ach ja, die Mitgift — da vergesse ich im Rausch der Freude über den heutigen Tag das Wichtigste. Die Mitgift liegt wohl abgezählt zur Uebergabe bereit. Ich denke, meine Tochter wird sich damit einstweilen sehen lassen können — einstweilen sage ich —“

Mit diesen selbstbewußt hervorgesprudelten Worten trat er eiligst zu dem in einer Zimmerecke stehenden schweren Rassenstuhl, schloß denselben auf und entnahm ihm ein mit einer glanzlebernen Enveloppe versehenes Päckchen von ansehnlicher Stärke.

schlechterungen der Marktfrage gemeldet; in Bischweiler i. E. liegen in einer Fabrik von 150 Webstühlen nur noch etwa 20 im Betrieb, Klagen über die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Handwerk kommen aus Baden; selbst in kleinen Städten, wie Schopfheim, wird der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften aus Handwerkerkreisen bereits deutlich empfunden. In Herzord und Nürnberg wird ein zunehmender Andrang von Arbeitslosen aller Branchen konstatiert. Wenngleich aus dem Fehlen günstiger Nachrichten noch nicht ohne Weiteres geschlossen werden kann, daß keine vorhanden sind (über Gunst der Lage wird immer weniger gesprochen als über Ungunst), so kann doch nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift an dem fortgesetzten Ernst in der Lage des Arbeitsmarktes und an der Bedenklichkeit der Aussichten für die nächste Zukunft nicht wohl gezweifelt werden.

**Auf einem Irrthum** ist im wesentlichen, wie das „Volkblatt“ in Halle nachweist, das Majestätsbeleidigungs-Urtheil gegen den Genossen Ewienty aufgebaut. Es heißt nämlich in der schriftlichen Urtheilsbegründung: „Endlich behauptet der Angeklagte, vor Veröffentlichung der beiden fraglichen Artikel auf seine Anfrage bei seinem Vertheidiger, also einem Rechtsverständigen, ob dieselben irgendwie strafbar seien, die Auskunft erhalten zu haben, daß in dem ersteren vielleicht eine Beleidigung der Chinatrieger zu erblicken sei und von dem Gedicht möglicherweise die beiden letzten Strophen Anlaß zu einer Strafverfolgung geben könnten. Da das Gedicht jedoch ohne Folgen bereits im „Hamburger Echo“ abgedruckt gewesen, so habe er keine Bedenken getragen, es auch im „Volkblatt“ zu veröffentlichen.“ Daraus hat das Gericht geschlossen, daß Genosse Ewienty sich bewußt gewesen sei, mit dem Gedicht eine Anspielung auf die Person des Kaisers zu thun. Nun ist dem Genossen Ewienty, nach dem „Halle'schen Volkblatt“, aber gar nicht eingefallen, solches zu bedenken, er konnte es auch gar nicht, weil es die Unwahrheit gewesen wäre. Wohl aber hat Genosse Ewienty nach der Beschlagnahme einen Rechtsbeistand zu Rathe gezogen, das ist auch vor Gericht bekundet worden und zwar durch den Rechtsanwält selbst. Nur dadurch, daß das Gericht die Befragung des Rechtsanwalts durch den Genossen Ewienty irrtümlich vor die Beschlagnehmung und den Abdruck verlegt, war es möglich, anzunehmen, daß der Angeklagte sich bewußt geweten sei, daß er mit dem Gedicht dem Kaiser nahe trete. Dieses Mißverständnis bildet aber das Fundament des Urtheils. Mit der Begründung muß aber auch das Urtheil fallen. Unter solchen Umständen kann man auf die Entscheidung des Reichsgerichts gespannt sein.

### Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Zu dem neuesten Funde wird aus Konigs nach gemeldet: Der Hundst des Ueberziehers ist der Winkel zwischen dem Abort der jüdischen Mädchenschule und dem Zaun, der den Schulhof gegen die enge und ziemlich menschenleere Wallgasse hin begrenzt. Die Wallgasse führt von der Danziger Straße hinab zur Roehmstraße; es handelt sich also um eine gleichfalls in der Nähe des Mädchenschulhauses gelegene Versteckung, die etwa 300 Schritt vom Logengarten, wo die Bekleidungsgegenstände gefunden wurden, entfernt ist. Der dunkelblaue Armerüberzieher war frei von Blutspuren, sauber, wie er aus dem Spind genommen, und weder feucht noch bereift; er hat also erst ganz kurze Zeit an Ort und Stelle gelegen. Der Winkel, wo der Ueberzieher gefunden wurde, ist gegen den Schulhof hin durch einen Verriegelung abgehehrt; er ist also völlig unzugänglich und nur eine mit der Versteckung des Schulhofs genau vertraute Persönlichkeit kann dieses Versteck gewählt haben. Dem Staatsanwalt war vorher ein Schreiben zugegangen, wonach der Kaktus am Dienstag auf dem Grab Winters liegen würde. Während dort nachgesehen wurde, erfolgte der Fund an dem angegebenen Ort. — Die Strafkammer in Dresden verurtheilt einen berüchtigten Jospfabrikanter, Klemmer Henderlode, der in sehr zahlreichen Fällen jungen Mädchen die Jöpfe ausgerissen oder abgehakten hatte, zu anderthalb Jahren Gefängnis. — Das Glasbläserwerk Kuhlau ist mit dem Hüttengebäude und mit Schüttung durch eine Explosion bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. — Im kaiserlichen Appellationsprozeß erkannte das Reichsgericht in Leipzig am Dienstag auf Verwerfung der vom Graf-Regenten Ernst eingelegten Revision gegen

das Urtheil des Obergerichts vom 23. September 1900. Dem Kläger wurde außerdem die Tragung sämtlicher Kosten auferlegt. Bekanntlich hatte Graf Erich zur Lippe-Weissenfels-Klage gegen den Graf-Regenten Ernst zur Lippe-Biefferfeld erhoben wegen Rückzahlung einer seit Jahren bezogenen Rente, zu deren Empfangnahme der Graf-Regent nicht berechtigt sei, weil dessen Großmutter Modeste von Unruh nicht freiherrlich ebenbürtigen Standes gewesen sei. Das Landgericht in Detmold hatte die Klage abgewiesen, auf die von dem Kläger eingelegte Berufung aber hatte das Obergericht zu Gelle das Urtheil aufgehoben und den Klagenanspruch für gerechtfertigt angesehen. — Johann Faber, der Begründer der bekannten Bleistiftfabrik bei Nürnberg ist Dienstag gestorben. — Ein Opfer seines Berufes ist der praktische Arzt Dr. med. Schmelzer in Elberfeld geworden. Herr Dr. Schmelzer behandelte in der vorigen Woche einen Typhuskranken. Dabei muß er sich eine Infektion zugezogen haben, denn er erkrankte kurz danach ebenfalls an Typhus und zwar so heftig, daß er sich ins Krankenhaus begeben mußte. Trotz der sorgsamsten Behandlung und Pflege, die ihm dort zu theil wurde, ist er dieser Tage an einer Lungenentzündung, die, wie es bei Typhus vielfach der Fall ist, hinzutrat, im Alter von 36 Jahren gestorben. Das Schicksal des beliebten Arztes findet allgemeine Theilnahme. — Der italienische Dampfer „Leone“ ist unweit der kassischen Küste zu Grunde gegangen. Von der Besatzung sind 15 Mann ertrunken. — In Troves (Frankreich) hatte sich ein Gemütskranke in einem Haus verhängt, um sich vor der Verhaftung durch die Gendarmen zu schützen, die ihn regelrecht belagerte. Der Dieb schoß Sonntag auf die neugierige Menge, tödtete einen und verwundete zwei Bürger. — In Folge einer Explosion in einer Hutfabrik zu Dentona (England) wurden zehn Personen getödtet und mehrere verwundet. — Der Dampfer „Highland Prince“ ist vom La Plata kommend im Hafen von Shields angekommen. Während der Fahrt sind vier Personen, darunter der Kapitän und ein Matrosen, an der Pest gestorben, andere von der Besatzung wurden gleichfalls von der Krankheit ergriffen, sind aber wieder hergestellt. — Der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Köln“, der Sonntag Nacht in New-York ankam, berichtet, daß am 3. Januar die Salopassagiere Eduard Hermann und dessen Gattin aus Uttenbruch Selbstmord verübten, indem sie über Bord sprangen; sie waren nach Chicago unterwegs.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Der Arbeiter Seidlein in Nürnberg brachte eines Tages die Bilder Grillenbergers, Hertels und Bebel's mit nach Hause, als ihn seine Hausfrau fragte, warum er sich nicht das Bild des Kaisers gekauft habe, soll er eine beleidigende Aeußerung gethan haben, die er später in einem Gespräch mit anderen Personen über seine Verhältnisse als Militärpensionist wiederholt haben soll. Er wurde auf Anzeige eines Denunzianten wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, leugnete aber, die ihm zur Last gelegten Ausdrücke gebraucht zu haben, und behauptete, daß er das Opfer eines Racheaktes des Denunzianten sei. Auf dessen Aussage hin wurde der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. — Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers wurde am Donnerstag in Augsburg der Zimmermann Heuchlinger zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er bei einem Streit im Wirthshaus seinem Gegner das Bierglas an den Kopf geschlagen hatte mit den Worten: „Du Spitzbub, Du bist ein Sozialdemokrat erster Klasse“ und daran eine Aeußerung über den Kaiser knüpfte. Der Angeklagte behauptete, er meinte den chinesischen Kaiser. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Donnerstag von der Strafkammer des Landgerichts in Lüneburg der Bäckermeister Wölferling aus Uelzen zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurtheilt.

**Der alte Goldheim** von der Berliner „Volkzeitung“ ist Montag im Alter von 76 Jahren gestorben. Mit Goldheim ist einer der lautersten und opfermüthigsten Charaktere aus der bürgerlichen Journalistik dahingegangen. Zweihundertzwei Jahre hat der tapfere Kämpfer dem Blatte angehört, in dessen Redaction er seit der Gründung am 1. April 1849 thätig war. Als Dreißigjähriger sah ihn die Märzrevolution auf den Barrikaden Berlins; er gehörte zu denen, die am 19. März als Gefangene nach Spandau geführt wurden. Aber auch als Redakteur hat Goldheim tapfer seinen Mann gestanden; mehr als fünfzigmal hatte er vor Gericht zu erscheinen und etwa fünf-

zwanzigmal ist er zu Freiheitsstrafen verurtheilt worden. Das sind Vorbeeren, deren heutigen Tags, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, sich nur noch Sozialdemokraten rühmen können. Am 1. April 1899 feierte Goldheim unter vielen und wohlverdienten Ehrungen sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum in der „Volkzeitung“. Nun ist er dahingegangen, ein wackerer Mann, ein tapferer Verfechter des demokratischen Gedankens. Sein Andenken wird auch von uns in Ehren gehalten werden.

**Auf der Treibjagd verunglückte Kinder.** Man schreibt der „Volkzeitung“ aus Halberstadt: Bei einer kürzlich auf der Darbesheimer Feldmark abgehaltenen Jagd hat sich ein schwerer Unglücksfall ereignet. Man hatte zu Treibern auch einige Knaben unter 14 Jahren, die sich freiwillig gemeldet hatten, verwendet, obwohl es fast ununterbrochen regnete und ein eifriger Wind wehte. Von den Knaben verirren sich einige und kamen im Verlaufe des Tages nicht nach Hause zurück. Am Abend bemerkte eine Frau, die Wasser schöpfen wollte, eine Person, die sich mit dem Rücken gegen die Gartenthür gelehnt hatte. Als man sich die Person näher ansah, erkannte man, daß schleimigig Hülfe erforderlich war. Es war ein Knabe, der von der Jagd zurückgekehrt war. Seine Augen hatten bereits ein starres Ansehen angenommen. Der Zaun diente ihm als Stütze und hinderte ihn am Umfallen. Er war vom Felde in den Garten hineingetaumelt, vermochte aber in seinem erschöpften Zustande die Thür nicht zu öffnen. Man brachte ihn ins Zimmer, schüttete die Stiefel von den geschwollenen Füßen und nach vielen Bemühungen erhobte er sich. Inzwischen forschte man in der Stadt nach einem anderen Knaben. Als der zuerst erwähnte Knabe wieder zu sich kam, war seine erste Frage nach seinem Leidensgenossen. Er bezeichnete nun die Stelle, wo er ihn verlassen mußte. Hier suchte man und fand ihn auf einem gepflügten Acker mit dem Gesicht auf der Erde liegend. Die rettende Hülfe kam zu spät. Sein dem Tode entronnener Freund, selbst erschöpft bis zum höchsten Grade, konnte die Kunde nicht zur rechten Zeit überbringen. So mußte er auf weiter, menschenleerer Flur sein junges Leben anschauchen. Ein Schlagfluß hatte die dem nach ärztlichen Aussage ein Ziel gesetzt. — Wann wird man endlich durch ein generelles Verbot dem Unfug, Kinder als Treiber zu verwenden, ein Ende machen?

**Verhöhnung.** In Arad wurde am Donnerstag die Gerichtsverhandlung wegen der Revolte von Est. Tamas aus einem Grunde unterbrochen, wie er in den forensischen Annalen bisher vereinzelt dasteht. Nach den Einleitungsformalitäten geschah nämlich folgendes: Der Vorsitzende rief den ersten Angeklagten auf: Angeklagter... Huziahh... Huziahh! Der erste Angeklagte, der ungefähr eine dunkle Ahnung hatte, daß die Sache ihn angehe, erhob sich und erwiderte prompt: Hier, Herr... Huziahh... Huziahh... Einer der Richter, etwas ärgerlich und verwundert über diese sonderbare Art der Verhandlung, rief unwirsch: Ja, was soll denn... das... Huziahh... Ein anderer Richter, gleichfalls nervös geworden über die ganz ungewöhnliche Einleitung der Verhandlung, setzte eine hochernste Miene auf und bemerkte: Ja, meine Herren, das wird nicht... Huziahh... Huziahh... Und auch er nieste so mächtig, daß die Saalfenster erbeben. In einigen Augenblicken wiederholte der Saal von einem spontanen Niesen; Richter, Zeugen, Geschworene, alles nieste um die Wette, kein Wort war zu verstehen, aber auch kein Hervorzubringen. Es erwies sich, daß der Saal des neuen Justizpalastes so zugig sei, wie etwa die Kühlkammer einer Schokoladenfabrik, und es blieb nun nichts anderes übrig, als die Verhandlung zu vertagen.

**Ein Schwabenfreud.** Die „Konstanzer Abendzeitung“ meldet aus Waagen in Württemberg, daß dort die Polizei einen Reisenden, der in einer Wirthschaft mehrere Exemplare des „Süddeutschen Postillons“, des Münchener Wirthschafts- und Parteigenossen aus Gefälligkeit, allerdings gegen Zahlung des Selbstkostenpreises, abgab, wegen unerlaubter Kolportage verhaftete und erst am nächsten Tage auf freien Fuß setzte. Die preussische Polizei kann's kaum besser.

**Schutz gegen Schutzleute.** Das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau verurtheilt den Gendarmen Lorenz Laub aus Weigelsdorf wegen Mißbrauch der Waffe zu drei Monaten Gefängnis.

Die langen, spitzen Finger des Gerichtspräsidenten griffen gierig danach und drehten es mehrere Sekunden lang umher, während die scharfen Augen prüfend auf dem Päckchen ruhten. Dann begann er die Umhüllung zu lösen.

„Es sind dreihundert wohlgepackte Konienmarktschokolade“, sagte Reinhardt prahlend.

Aber dem alten Seiden genügte diese Erklärung nicht. Als gewöhnlicher Geschäftsman durfte er nicht unterlassen, den Inhalt auf die Zahl zu prüfen.

Schnell grüßte die kühnen Scheine zwischen seinen Fingern dahin, während seine Augen in unheimlicher Glorie leuchteten. Auch der Bräutigam verfolgte mit vorgebeugtem Körper aufmerksam die Zählung des Zwara.

Endlich legte Seiden das letzte Papier in die Tasche zurück, die er sorgfältig schloß und sie dann dem Seiden überreichte, welcher sie hastig in der Tasche seines Rockes verschwinden ließ.

Auf dem Gesicht des Konienmachers spiegelte sich ein selbstzufriedenes Lächeln, als er sagte:

„Es ist Alles in Ordnung“, und zu Wolfgang gewendet: „Ich hoffe, daß Du das Kapital nach dem Besuche, welches Du an mir gewonnen, so nutzbringend als möglich anlegen und keinen schmerzhaften Gebrauch davon machen wirst.“

Dann ergriß er die Kontrakte und setzte in kräftigen Zügen seinen Namen darunter, worauf er sie seinen Mitkontrahenten zur Unterschrift zurückgab.

Damit war die Heirat im Sinne der Aufzeichnungen der beiden modernen Verhandlungsführer perfekt. Die rechtlich und geschäftliche Verbindung der jungen Leute galt in den Augen der vier „praktisch“ handelnden und handelnden Vertreter des Schicksals für nichts mehr als ein ausgeprochenes Verzeihen, als eine Verjährung der Konsequenzen des alten Ehevertrages.

Eben begann die Glöcker der Lust die weißen Schöne aus den Freiräumen in andere Flügel

des Harzes drangen die schmetternden Töne des Willkommen-tusches der Musikkapelle.

Das würdige Alceblatt erhob sich eiligst und erschien gleich darauf im Kreise der bereits zahlreich versammelten Festgäste.

„Herzlich willkommen, verehrte Freunde und Gäste!“ rief Reinhardt den Versammelten in ausgelassener Lustigkeit zu und seine kleinen Augen glänzten vor Vergnügen. „Willkommen alle! Heute der Tag, den wir gemeinschaftlich feiern, auch zum gemeinsamen Segen gereichen. Und nun aufgetrocknet, Kinder! Seid munter und lustig, heute ist Hochzeit; Ihr wißt, das kommt bei uns nur dies eine Mal vor!“

Dann suchten seine Blicke im Zimmer umher, wie es die des Brautigams bereits bei seinem Eintritt gethan, und der nun etwas verlegen dastand.

„Wo ist die Braut?“ rief Reinhardt halb erstaunt, halb unwillig aus und seine Stirn begann sich mit drohenden Wolken zu bedecken.

„Ach, da lieber Himmel, Margarethe — sie ist nicht hier — sie wird wohl noch in ihrem Zimmer sein.“ sagte Brigitta ängstlich, welche selbst mit ihren trüben Gedanken so beschäftigt zu sein schien, daß sie die Abwesenheit der Braut nicht bemerkt hatte. Nun war sie eben im Begriff, nach der Thür zu eilen, als sich diese aufthat und die Erwartete erschien.

Die dunklen Schatten auf der Stirn Reinhardts ver-schwanden sofort, doch war der Blick, den er jetzt auf seine Tochter heftete, nichts weniger als freundlich.

Das todtblaue Gesicht tief gesenkt, von dem langen bräunlichen Schleier umwallt, wandte Margarethe herein, der schwarzen Steine einer leidenden, ergebungsvoll dulden-den Madonna gleich, wie ein empfindungsloses Wesen, das bereit ist, das erlösende Todesreich zu empfangen. Langsam schritt sie auf Wolfgang zu und reichte ihm mit

einem kaum bemerkbaren Kopfneigen stumm und mechanisch den Arm.

Dreizehntes Kapitel. Zur selben Stunde schritt auf der schmalen staubigen Landstraße, die, vom waldbekränzten Hügelplateau langsam absteigend, in großem Bogen zum Dorf führte, ein Mann daher und näherte sich dem Orte.

Es war Anton Hager. Aber wie verändert sah er aus! Aus seinem Gesicht war die frühere gesunde Röthe verschwunden; es war fahl und erdfarbig, die Wangen waren merklich eingesunken und über die Stirne zogen sich leichte Falten; die tiefstehenden Augen funkelten wild und trübig. Sein Anblick bot etwas Abschreckendes, Furchterregendes! Die Haltung war keine kühne, freie mehr, sondern schlaff und schleppend geworden. Doch schienen es keineswegs durch die lange Untersuchungsfrist herbeigeführte körperliche Leiden zu sein, die ihn so verändert, vielmehr deuteten gewisse Merkmale in seinem Wesen auf tiefen, freudlosen Kummer und unüberwindlichen Seelenschmerz hin, der an ihm zehrte. Ein unbändiger Groll und Troß lag in seinem Blick, Bitterkeit und Mitleidsverachtung.

Wohlgepackte sieben Monate hatte er in der Untersuchungsfrist hinführen müssen. Diesen Zeitraum bedurfte das Gericht, um endlich zu finden, daß die gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente zur Erhebung einer Anklage nicht genügend seien, daß er wegen Mangels ausreichender Beweise zu entlassen sei. Er konnte gehen und wieder die Freiheit genießen, d. h. den harten Kampf mit den dämonischen Feinden der Armuth von Neuem aufnehmen.

Mit gemüthlichen Gefühlen hatte er die Anklündigung, daß er frei sei, aufgenommen. Er wurde entlassen — aber die Motive der Freilassung entbehrten des bitteren Weigeschmacks nicht, denn keinesfalls war seine völlige Schuldlosigkeit festgestellt und anerkannt worden; mit dem gänzlichen Verlust seiner Ehre trat er in die Welt zurück. (Fortsetzung folgt.)